

Inhalt April 2025

- [22.01.2025](#) Russland in der globalen Politik:
Sergej Karaganow, Europa das Genick brechen: Wie sollte die russische Politik gegenüber dem Westen aussehen?
- [02.02.2025](#) rabkor.ru: Erklärung von Boris Kagarlizki zu den Bedingungen der Friedensgespräche
- [14.02.2025](#) Kommersant: Dmitri Suslow,
Ein Anruf bei einem (Nicht-)Freund
- [24.02.2025](#) kremlin.ru: Interview mit W.W. Putin,
Antworten auf Fragen des Journalisten Pawel Sarubin
- [24.02.2025](#) Russland in der globalen Politik:
Fjodor Lukjanow, Langes Spiel
- [01.03.2025](#) kprf.ru: Sergei Obuchow zu Krasnaja Linija über den Tamburin-Tanz der russischen Expertokratie um Trump
- [02.03.2025](#) rabkor.ru: Boris Kagarlizki,
Achse Moskau–Washington
- [11.03.2025](#) Russland in der globalen Politik: Jeffrey Sachs, Die Ukraine ist für die USA ein Spiel, das sie gewinnen wollen
- [12.03.2025](#) Russland in der globalen Politik:
Andrej Trenin, Seltene Erdmetalle – Souveränität ist wertvoller als Geld«
- [23.03.2025](#) Swobodnaja Pressa:
General Leonid Iwaschow:
Wir sollten nicht hinter Trump herlaufen, sondern unser eigenes Sicherheitssystem in Europa schaffen
- [28.03.2025](#) Swobodnaja Pressa: Nikolaj Platoschkin –
Es gibt nur einen Friedensplan für die Ukraine«

Impressum

MARXISTISCHE BLÄTTER

Hoffnungstraße 18, 45127 Essen

Telefon: 0201 | 23 67 57

E-Mail: redaktion@marxistische-blaetter.de

Marxistische Blätter im Internet:

www.marxistische-blaetter.de

www.facebook.com/MarxBlätter

Satz und Gestaltung: Medienwerkstatt

Kai Münschke, Essen, www.satz.nrw

Verlag: Neue Impulse Verlag GmbH

E-Mail: info@neue-impulse-verlag.de

Anschrift und Telefon: wie Redaktion



**80 Jahre Befreiung
vom Faschismus**

Russland intern – April 2025

Kleine Presseschau zu den US-amerikanisch-russischen Beziehungen¹

Es ist die am meisten ignorierte Binsenwahrheit, dass im Krieg – ob im »kalten« oder »heißen« – die Wahrheit das erste Opfer ist. Bei allen Beteiligten. Darum haben wir mit Beginn des verheerenden Krieges in der Ukraine nicht nur versucht, mit unseren *Friedensbeilagen* über Zusammenhänge, Entstehungsgeschichte, Ziele, Interessen, geopolitische Hintergründe und auch Alternativen aufzuklären (siehe: <https://www.marxistische-blaetter.de/de/topic/968.beilagen-der-marxistischen-blaetter.html>).

Zusätzlich haben wir darum gerungen, uns jenseits allseitiger Feindbildproduktion durch Regierungspropaganda *ein eigenes Bild* auch über Russland und seine Positionen zu machen. Zu diesem Zweck haben wir aus dem Kreis unserer Mitherausgeber eine eigene *Russland-AG* gebildet. Da wir über keinerlei direkte Beziehungen zu russischen Quellen und Gesprächspartnern verfügen, hat unsere Mitherausgeberin Ditte Gerns im Internet öffentlich zugängliche Plattformen und kontroverse Debatten

in Russland (Ja, die gibt es!) beobachtet und interessante Beiträge für unsere Russland-AG übersetzt.

Solche Beiträge wollen wir nun bis auf weiteres – parallel zum vierteljährlichen Erscheinungsrhythmus der Marxistischen Blättern oder bei besonderem Bedarf – im O-Ton und als Arbeitsmaterial für interessierte Leserinnen und Leser digital auf unserer Webseite zur Verfügung stellen, – unzensuriert und unkommentiert. Die Auswahl eines Textes bedeutet nicht Zustimmung. Für Inhalt und Tonlage sind allein die Autoren der Beiträge verantwortlich. Für die kritische gedankliche Verarbeitung jede/r Leser/in. Denn wer die allgegenwärtige »Bedrohungslüge« bekämpfen und Frieden auch mit Russland erkämpfen will, muss Russland verstehen lernen. Unsere Presseschau soll dazu beitragen. Kritik und Anregungen, für die wir dankbar sind, bitte an redaktion@marxistische-blaetter.de.

Lothar Geisler

Anmerkung

- ¹ Verantwortlich: Ditte Gerns,
Quellen zuletzt abgerufen am 25.3.2025

Europa das Genick brechen¹

Wie sollte die russische Politik gegenüber dem Westen aussehen?

Sergej Karaganow²

22.01.2025

Die Wahl Trumps hat die Entwicklung unserer Politik gegenüber dem Westen, einschließlich des laufenden Krieges in der Ukraine, vorübergehend auf Eis gelegt. Wir haben (zu Recht) nicht allzu heftig auf die Nachhutprovokationen Bidens reagiert, aber unsere Kämpfer setzten ihre offensiven Operationen und die Zermürbung der westlichen Söldnertruppen in der Ukraine fort. Jetzt wird auf allen Seiten über die Möglichkeit eines Kompromisses gesprochen, über seine Konturen. Und wir haben, zumindest in den Medien, begonnen, solche Optionen zu diskutieren.

Gemeinsam mit meinen Kollegen bereiten wir derzeit eine groß angelegte Studie und Situationsanalyse vor, um Empfehlungen für die russische Politik gegenüber dem Westen zu entwickeln. Ich werde die Ergebnisse der Diskussion nicht vorhersagen, sondern lediglich einige vorläufige Gedanken mitteilen. Sie können während der Erstellung des Berichts nützlich sein und sollen die Grundlage für eine breitere Diskussion schaffen.

Die Trump-Administration hat im Moment keinen ernsthaften Grund, mit uns zu den von uns festgelegten Bedingungen zu verhandeln. Der Krieg ist für die USA wirtschaftlich vorteilhaft, weil er es ihnen ermöglicht, Verbündete mit verdoppeltem Elan auszurauben, den militärisch-industriellen Komplex zu erneuern und ihre wirtschaftlichen Interessen durch systemische Sanktionen gegen Dutzende von Ländern auf der ganzen Welt durchzusetzen. Und, verständlicherweise, Russland weiter zu schädigen, in der Erwartung, es zu erschöpfen, und in der für die USA optimalen Variante – es als militärisch-strategisches Rückgrat der aufstrebenden und sich befreienden Weltmehrheit, als mächtiger strategischer Pfeiler des Hauptkonkurrenten – China – zum Scheitern zu bringen oder aus dem Spiel zu nehmen. Obwohl dieser Krieg unnötig und sogar ein wenig schädlich für Trumps

Innenpolitik ist, spricht die Interessenabwägung eher für seine Fortführung.

Ich versetze mich an Trumps Stelle – ein amerikanischer Nationalist mit Elementen des traditionellen Messianismus, aber ohne das globalistisch-liberale Ausmaß der letzten drei oder vier Jahrzehnte und Bidens Verwicklung in ukrainische Korruptionsschemata. Nur drei Dinge können diesen Trump zu Vereinbarungen bewegen, die uns passen.

Erstens die Gefahr eines Afghanistan-2, die vollständige Niederlage und schändliche Flucht des Kiewer Regimes und das demonstrative Versagen des Westens unter Führung der USA.

Zweitens die Abkehr Russlands von seinem De-facto-Bündnis mit China.

Und **drittens** die Drohung eines Übergreifens der Feindseligkeiten auf US-Territorium und lebenswichtige US-Besitztümer, was mit massenhaften amerikanischen Todesopfern (einschließlich der Zerstörung von Militärbasen) einhergehen würde.

Eine vollständige Niederlage ist notwendig, aber ohne eine viel aktivere Nutzung des nuklearen Abschreckungsfaktors wird sie extrem – wenn nicht gar unerschwinglich – teuer sein und den Tod von Abertausenden der besten Söhne unseres Vaterlandes erfordern. Die Preisgabe Chinas ist für uns absurd kontraproduktiv. Wenn die Trumpisten der ersten Amtszeit versucht haben, uns dazu zu überreden, so scheinen sie jetzt zu erkennen, dass Russland einer solchen Sache nicht zustimmen wird. Über den nuklearen Faktor später.

Für die derzeitigen Euro-Eliten, die Euro-Integratoren, ist ein Krieg dringend notwendig. Nicht nur wegen der Hoffnung, den traditionellen geopolitischen Rivalen zu untergraben, sich für die Niederlagen der letzten drei Jahrhunderte zu rächen, sondern auch wegen der

Russophobie. Diese Eliten und ihre Eurobürokratie scheitern in fast allen Bereichen. Das Europaprojekt bekommt Risse.

Der seit über einem Jahrzehnt andauernde Einsatz Russlands als Feindbild und nun auch als echter Feind, ist das wichtigste Instrument zur Legitimierung ihres Projekts und des Machterhalt der Euro-Eliten. Hinzu kommt, dass der »strategische Parasitismus« – die fehlende Angst vor dem Krieg – in Europa viel stärker ausgeprägt ist als in den Vereinigten Staaten. Die Europäer wollen nicht nur nicht darüber nachdenken, was er für sie bedeuten könnte, sondern sie wissen auch nicht mehr, wie sie darüber denken sollen. Seit den Zeiten der Sowjetunion und aufgrund unserer Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit de Gaulle, Mitterrand, Brandt, Schröder und anderen haben wir uns daran gewöhnt, die Amerikaner als die Hauptverursacher der Konfrontation und der Militarisierung der Politik im Westen zu betrachten. Das ist nicht ganz richtig, und jetzt ist es überhaupt nicht mehr richtig. Es war Churchill, der die USA in den Kalten Krieg hineingezogen hat, als dieser für ihn günstig erschien. Es waren europäische Strategen (die es damals noch gab), nicht Amerikaner, die die Raketenkrise der 1970er Jahre auslösten. Die Liste der Beispiele ließe sich noch lange fortsetzen.

Jetzt sind die Euro-Eliten die Hauptsponsoren der Kiewer Junta. Sie haben vergessen, dass es ihre Vorgänger waren, die zwei Weltkriege ausgelöst haben, und treiben Europa und die Welt in den dritten.

Während sie ukrainisches Kanonenfutter auf die Schlachtbank schicken, bereiten sie neues vor – Osteuropäer aus einer Reihe von Balkanstaaten, Rumänien und Polen. Sie haben damit begonnen, mobile Stützpunkte einzurichten, in denen sie Kontingente potenzieller Landsknechte ausbilden. Sie werden versuchen, den Krieg

nicht nur bis zum »letzten Ukrainer«, sondern bald auch bis zum »letzten Osteuropäer« fortzusetzen.

Die antirussische Propaganda der NATO und Brüssels übertrifft bereits die von Hitler. Selbst die persönlichen menschlichen Beziehungen zu Russland werden systematisch abgebrochen. Diejenigen, die für normale Beziehungen eintreten, werden verleumdet und aus ihren Jobs gejagt. Es wird eine im Grunde totalitäre liberale Ideologie aufgezwungen. Selbst der Anschein von Demokratie wird vergessen, auch wenn man noch davon spricht. Jüngstes Beispiel ist die Annullierung der Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen in Rumänien, die von einem Nicht-Brüssel-Kandidaten gewonnen wurden.

Die europäischen Eliten bereiten ihre Bevölkerungen und Länder offensichtlich nicht nur auf einen Krieg vor. Es wurden sogar ungefähre Daten genannt, wann sie bereit sein könnten, ihn zu entfesseln. Wie kann man die Wahnsinnigen aufhalten? Das Abgleiten in den Dritten Weltkrieg aufhalten, zumindest in Europa? Den Krieg stoppen?

Die Gespräche über Kompromisse und einen Waffenstillstand drehen sich um ein Einfrieren der gegenwärtigen Konfrontation an der derzeitigen Frontlinie. Dies wird es ermöglichen, die Reste der Ukrainer wieder aufzurüsten und mit Kontingenten aus anderen Ländern zu ergänzen, um eine neue Runde der Kampfhandlungen einzuleiten. Wir werden erneut kämpfen müssen. Und zwar von einer weniger günstigen politischen Position aus. Es wird möglich und notwendig sein, einen solchen Kompromiss als Sieg darzustellen, wenn dies unbedingt notwendig ist. Aber es wird kein Sieg sein, sondern, um es unverblümt zu sagen, ein Sieg für den Westen. So wird es in der ganzen Welt wahrgenommen werden. Und in vielerlei Hinsicht auch in unserem Land.

Ich werde nicht alle Instrumente aufzählen, mit denen ein solches Szenario vermieden werden kann. Ich will nur die wichtigsten nennen.

Erstens, müssen wir uns selbst, der Welt und unseren Gegnern endlich das Offensichtliche sagen. Europa ist die Quelle aller großen Unglücke der Menschheit, zweier Weltkriege, Völkermorde, menschenfeindlicher Ideologien, des Kolonialismus, des Rassismus, des

Nationalsozialismus, und so weiter und so fort. Die Metapher eines berühmten europäischen Beamten über Europa als »blühenden Garten« klingt viel realistischer, wenn wir es ein mit fettem Unkraut überwuchertes Feld nennen, das auf dem Humus von Hunderten von Millionen Ermordeten, Beraubten und Versklavten gedeiht. Und drumherum erhebt sich ein Garten aus den Ruinen unterdrückter und ausgeraubter Zivilisationen und Völker. Europa muss so benannt werden, wie es das verdient, damit die Drohung, Atomwaffen gegen es einzusetzen, überzeugender und gerechtfertigter wird.

Zweitens, um eine weitere offensichtliche Wahrheit auszusprechen – jeder Krieg zwischen Russland und der NATO/EU wird unweigerlich nuklear werden oder zu einem Atomkrieg führen, wenn der Westen weiterhin Krieg gegen uns in der Ukraine führt. Dieser Hinweis ist unter anderem notwendig, um das sich entwickelnde Wettrüsten zu begrenzen. Es ist sinnlos, riesige Arsenale an konventionellen Waffen zu horten, wenn die damit ausgerüsteten Armeen und die Länder, die diese Armeen entsandt haben, unweigerlich von einem nuklearen Tornado hinweggefegt werden.

Drittens ist es notwendig, noch einige Monate vorzurücken und den Feind zu zermürben. Aber je früher, desto besser ist es notwendig zu erklären, dass unsere Geduld, unsere Bereitschaft, für den Sieg über diesen Bastard unsere Männer zu opfern, bald zu Ende sein wird, und wir den Preis verkünden werden – für jeden getöteten russischen Soldaten werden tausend Europäer sterben, wenn sie nicht aufhören, ihren Herrschern zu frönen, die Krieg gegen Russland führen. Wir müssen den Europäern klipp und klar sagen: Eure Eliten werden die nächste Portion Kanonenfutter aus euch machen, und wir werden nicht in der Lage sein, die Zivilbevölkerung Europas zu schützen, falls der Krieg in einen Atomkrieg ausartet, wie wir es in der Ukraine zu tun versuchen. Wir werden vor Schlägen warnen, wie Wladimir Putin versprochen hat, aber Atomwaffen sind noch weniger selektiv als konventionelle Waffen. Natürlich müssen die europäischen Eliten dabei mit der Tatsache konfrontiert werden, dass sie und ihre Wohnorte die ersten Ziele eines nuklearen Vergeltungsschlags sein werden. Es wird nicht möglich sein, das auszusetzen.

Und den Amerikanern sollte einfach gesagt werden, dass, wenn sie den Ukraine-Konflikt anheizen werden, wir den nuklearen Rubikon in wenigen Schritten überschreiten, ihre Verbündeten treffen werden und, wenn es eine nicht-nukleare Antwort gibt, wie sie angedroht haben, ein nuklearer Schlag auf ihre Basen in Europa und in der ganzen Welt folgen wird. Wenn sie es wagen, mit einer nuklearen Antwort zu reagieren, werden sie einen Atomschlag auf ihrem eigenen Territorium erhalten.

Viertens, wird unsere militärische Verstärkung, die in einer äußerst turbulenten und krisengeschüttelten Welt notwendig ist, fortgesetzt. Aber es ist nicht nur notwendig, die Nukleardoktrin zu ändern, was Gott sei Dank bereits begonnen hat, sondern auch, wenn die Amerikaner und ihre Lakaien nicht bereit sein sollten, zu verhandeln, die Stufen der nuklearen Eskalation entscheidend nach oben zu verschieben, um die Wirksamkeit unserer nuklearen Abschreckungs- und Vergeltungskräfte zu erhöhen. Die »Oreschnik« ist eine großartige Waffe, ein Lob an seine Auftraggeber und Schöpfer, aber sie ist kein Ersatz für die Nuklearwaffe, sondern nur eine weitere wirksame Sprosse auf der Eskalationsleiter.

Fünftens müssen wir den USA über verschiedene Kanäle vermitteln, dass wir sie nicht demütigen wollen und bereit sind, ihnen zu einem würdigen Ausstieg aus dem ukrainischen Desaster zu verhelfen, in das die Amerikaner von den Liberal-Globalisten und Europäern hineingezogen wurden.

Vor allem aber müssen wir erkennen, dass wir vor unserem Land, unserem Volk und der Menschheit keine Unentschlossenheit zeigen können und dürfen. Auf dem Spiel steht nicht nur das Schicksal Russlands, sondern auch das der menschlichen Zivilisation in ihrer jetzigen Form.

Wenn sich die Amerikaner zurückziehen, wird die Ukraine ziemlich schnell besiegt sein. Ihr Osten und Süden werden an Russland fallen. In der Mitte und im Westen der heutigen Ukraine soll ein entmilitarisierter, neutraler Staat mit einer Flugverbotszone über ihm entstehen, in den jeder ziehen kann, der nicht in Russland leben und unsere Gesetze befolgen will. Es wird ein Waffenstillstand geschlossen.

Und nach dem Waffenstillstand wird es notwendig sein, auf eine gemeinsame Lösung der Probleme der Menschheit hinzuwirken, mit Freunden aus der Weltmehrheit. Und sogar mit den Amerikanern, wenn sie zur Vernunft kommen. Gleichzeitig ist es dringend notwendig, Europa für eine Weile von der Lösung der Weltprobleme fernzuhalten. Es wird wieder zur größten Bedrohung für sich und die Welt.

Frieden auf dem Subkontinent kann es nur geben, wenn Europa wieder das Rückgrat gebrochen wird, wie es durch unsere Siege über Napoleon und Hitler geschehen ist, wenn es einen Generationswechsel der jetzigen Eliten geben wird. Und selbst dann nicht in einem engen europäischen Kontext – der gehört der Vergangenheit an – sondern in einem euro-asiatischen Kontext.

Anmerkungen

1 <https://globalaffairs.ru/articles/somat-hrebet-evrope-karaganov/>

Quelle: 22.01.2025, Russland in der globalen Politik

2 **Sergej Karaganow**, Doktor der Geschichtswissenschaften, emeritierter Professor, Forschungsdirektor der Abteilung für Weltwirtschaft und Weltpolitik an der National Research University Higher School of Economics, Ehrenvorsitzender des Präsidiums des Rates für Außen- und Verteidigungspolitik.

Erklärung von Boris Kagarlizki¹ zu den Bedingungen der Friedensgespräche²

02.02.2025

Boris Kagarlizki¹ kommentierte das von Trump vorgeschlagene Abkommen mit Putin und rief dazu auf, dass es die Forderung nach der Freilassung politischer Gefangener enthalten müsse. Er wies auch darauf hin, dass das Abkommen die Freilassung derjenigen beinhalten sollte, die wegen Kampfverweigerung verurteilt wurden, und zwar auf beiden Seiten:

DIESE NACHRICHT (MATERIAL) WURDE VON EINEM AUSLÄNDISCHEN MASSENMEDIUM, DAS DIE FUNKTIONEN EINES AUSLÄNDISCHEN AGENTEN AUSÜBT, UND (ODER) EINER RUSSISCHEN JURISTISCHEN PERSON, DIE DIE FUNKTIONEN EINES AUSLÄNDISCHEN AGENTEN AUSÜBT, ERSTELLT UND (ODER) VERBREITETE.

In letzter Zeit ist das Thema Waffenstillstand bereits zu einem ernsthaften Gesprächsthema geworden. Offizielle amerikanische und sogar ukrainische Quellen schreiben darüber, und offizielle russische Quellen deuten es an. Das heißt, hinter den Kulissen sind definitiv Verhandlungen im Gange, und die Frage nach einem Waffenstillstand und damit letztlich nach der Beendigung des Konflikts (zumindest nach einer Art vorübergehender Lösung) wird, wie man sagt, bereits zum Mainstream.

Aber es geht nicht nur um die Beendigung der Schießerei, obwohl das sehr, sehr, sehr wichtig ist. Die Frage ist, was mit den Menschen geschehen wird, und dazu gehört natürlich auch, was mit den politischen Gefangenen geschehen wird. Ich denke, ich kann die Meinung aller politischen Gefangenen, die ich kenne, wiedergeben. Die Freilassung von politischen Gefangenen – und einer ganzen Reihe anderer Gefangener, die indirekt oder direkt Opfer von Militäraktionen geworden sind, wie z. B. Personen, die nach Artikel 337 »wegen unerlaubten Verlassens einer militärischen Einheit« inhaftiert sind, d. h.

die einfach nicht in den Krieg gezogen sind – die Freilassung dieser Menschen ist eine wichtige Aufgabe und sollte direkt, konkret mit dem Friedensabkommen verbunden werden. Das heißt, der Friedensvertrag sollte die Freilassung der Menschen beinhalten. Übrigens, auf beiden Seiten.

Die Redaktion erinnert daran, dass Donald Trump am 23. Januar auf Fox News sagte, er wolle sich mit Putin treffen, um über die Beendigung des russisch-ukrainischen Konflikts zu besprechen. Er erwähnte auch die Bereitschaft von Selenski, eine Vereinbarung zu treffen. Am 24. Januar erklärte Wladimir Putin in einem Interview mit Sarubin, dass er die Idee eines Treffens mit dem amerikanischen Präsidenten unterstützt.

2. Februar 2025

Anmerkungen

- 1 Als »ausländischer Agent« anerkannt
- 2 <https://rabkor.ru/columns/editorial-columns/2025/02/02/kagarlitsky-on-the-terms-of-peace-negotiations/>

14.02.2025

Ein Anruf bei einem (Nicht-)Freund¹ über den Beginn des russisch-amerikanischen Dialogs

Dmitri Suslow²

Die Aufnahme des russisch-amerikanischen Dialogs über die Ukraine und eine breitere Agenda, die durch das Telefongespräch zwischen Wladimir Putin und Donald Trump am 12. Februar eingeleitet wurde, ist sicherlich eine äußerst wichtige positive Veränderung, sollte aber keine Euphorie auslösen. Dies ist der Beginn eines schwierigen und langen Weges, der das Wesen der amerikanisch-russischen Beziehungen nicht verändern wird. Wir werden weiterhin Rivalen bleiben, aber die Trump-Administration wird nicht mehr versuchen, Russland eine »strategische Niederlage« in der Art, mit der Intensität und Geschwindigkeit zuzufügen, wie es unter Joe Biden der Fall war. Und dies öffnet die Tür für einen breiteren Dialog – mit dem Verständnis dafür, dass dieser Dialog nicht zu einer »Partnerschaft« und einer Abkehr vom Rivalitätsparadigma führen wird.

Umso mehr werden 2027 (infolge der Zwischenwahlen zum Kongress und des wahrscheinlichen Übergangs mindestens einer der beiden Kammern in die Hände der Demokraten) Trumps Möglichkeiten zur Durchsetzung seines eigenen Kurses – sowohl innen- als auch außenpolitisch – stark eingeschränkt sein, und 2028 wird das traditionelle amerikanische Establishment versuchen, Rache zu nehmen, und die Möglichkeiten für einen russisch-amerikanischen Dialog, ganz zu schweigen von einer konstruktiven Interaktion, werden sich verringern.

Wiederherstellung der Normalität

Worin besteht nun die wichtigste positive Bedeutung des Beginns eines offiziellen und sehr intensiven russisch-amerikanischen Dialogs, auch auf höchster Ebene?

Erstens geht es um die Wiederherstellung der Normalität in den Beziehungen zwischen Großmächten, die sich

nicht in einem heißen Krieg miteinander befinden, auch wenn sie Gegner sind. Das Fehlen eines solchen Dialogs seit Ende Februar 2022 und der äußerst beleidigende Ton, den sich die Biden-Administration gegenüber Russlands oberster Führung erlaubt hat, ist eine historische Anomalie sowohl für die amerikanisch-russischen als auch für die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen.

Zweitens hing diese Anomalie weitgehend mit der beispiellosen Aufgabe zusammen, die sich die Biden-Administration gestellt hatte: Russland eine »strategische Niederlage« beizubringen. Das heißt, das Land auf dem Schlachtfeld zu besiegen, seine Wirtschaft zum Erliegen zu bringen und es auf der internationalen Bühne zu isolieren, was zusammen das Ende der Fähigkeit Russlands, eine unabhängige Rolle auf der Weltbühne zu spielen, und eine tiefe innenpolitische Krise bis hin zum Zusammenbruch des Landes zur Folge hätte haben sollen. Und diese Politik ist völlig gescheitert. Anstelle Russlands wird die Ukraine auf dem Schlachtfeld besiegt, und westliche Experten bezweifeln, dass das Land in der Lage ist, die Frontlinie zu halten und einem Krieg in der derzeitigen Intensität mindestens ein weiteres Jahr standzuhalten; innerhalb des Landes ist eine wachsende politische Krise zu beobachten (Sanktionen und die mögliche Verhaftung von Petro Poroschenko sind ein deutlicher Indikator), und wirtschaftlich befindet sich das Land voll und ganz am Tropf des Westens.

Als Präsident, der nicht für Bidens Politik verantwortlich ist, ist Trump in der Lage, deren Irrtum zu erkennen und zur Diplomatie zurückzukehren, was auch geschehen ist.

Gleichzeitig ist an sich die Erkenntnis Washingtons, dass seine Politik, Russland strategisch zu besiegen, falsch und erfolglos ist, ein großer Sieg für unser Land.

Drittens scheint nicht nur Trumps Wunsch, zum Dialog zurückzukehren, sondern auch seine Bereitschaft, zumindest einige der wichtigsten Interessen Russlands zu berücksichtigen, von grundlegender Bedeutung zu sein. Alle Vertreter der Trump-Administration betonen, dass die Beilegung des Konflikts in der Ukraine mit der Anerkennung der »Realität« beginnen muss, und Trump selbst und US-Verteidigungsminister Pete Hegseth haben offen erklärt, dass die Ukraine nicht in die NATO aufgenommen werden sollte, da Russland dem niemals zustimmen wird und die USA nicht in einen heißen Krieg mit unserem Land ziehen wollen.

Im Grunde wird damit ein Schlussstrich unter die gesamte Ära der westlichen Politik und der russisch-westlichen Beziehungen gezogen, die nach dem Ende des Kalten Krieges und dem Zusammenbruch der UdSSR begann: die Ära der unbegrenzten Ausweitung der NATO und der westlichen geopolitischen Umlaufbahn insgesamt unter völliger Missachtung der Interessen Russlands. Als Pete Hegseth in Ramstein sagte, dass die Ukraine nicht in der NATO sein sollte, kündigte er das Ende dieser Ära an. Zum ersten Mal hat sich der Westen darauf geeinigt, dass die NATO-Erweiterung eine Grenze hat und dass das mit der Notwendigkeit verbunden ist, die Interessen Russlands zu berücksichtigen.

Natürlich ist dies das Ergebnis unserer Siege auf dem Schlachtfeld und des Scheiterns der Versuche, uns strategisch zu besiegen.

Aber insgesamt ist die Feststellung der Notwendigkeit, Russlands Sicherheitsinteressen zu berücksichtigen und mit uns über die Grenzen der westlichen Expansion zu diskutieren, eine Absage an das Paradigma der letzten 35 Jahre und ein historischer Sieg für Russland. Und es ist ein kolossaler Schlag für das traditionelle westliche Establishment, das darauf beharrte, dass es unmöglich sei,

solche Fragen mit Russland zu diskutieren, und das noch vor sechs Monaten über den »unumkehrbaren Weg« der Ukraine in die NATO schwadronierte.

Viertens bestätigt die Aufnahme des Dialogs einmal mehr, dass Trump keine ideologischen Scheuklappen trägt, wie sie für westliche Liberale und das traditionelle Establishment in den Vereinigten Staaten und Europa eigen sind. Für Trump ist Russland ein Konkurrent, ein Rivale und teilweise ein potenzieller Partner, aber kein Herd des Bösen, mit dem ein Dialog aus moralischen, ideologischen und wertebezogenen Gründen unzulässig ist. Zudem sieht die große Mehrheit derjenigen im Westen, die Russland als Herd des Bösen sehen, Trump selbst als solchen.

Fünftens: Die Demütigung der EU-Führung und der Mehrheit der EU-Länder, die Trump durch die Aufnahme eines direkten Dialogs mit Russland über ihre Köpfe hinweg und gegen ihren Willen vollzogen hat, kann nur erfreulich sein. Die Hysterie, die in den meisten europäischen Hauptstädten, insbesondere in Brüssel und London, zu beobachten war, ist verständlich: Der »große Bruder« wies sie offen darauf hin, dass sie kein Subjekt, keine vollwertige Verhandlungspartei sind (nur Putin ist laut Trump eine solche Partei) und die Rolle eines Elements in der Nahrungskette zur Stärkung der amerikanischen Vormachtstellung und Hegemonie spielen sollten, eine Ressource im Kampf der USA gegen ihre wichtigsten strategischen Gegner, vor allem China. Sie sollten nämlich die gesamte militärische und nichtmilitärische Lebenserhaltung der Ukraine sowohl vor als auch nach dem Ende des Krieges übernehmen, ihr Sicherheitsgarantien ohne jegliche US-Beteiligung geben und ihren Beitrag zur Landesverteidigung erhöhen, damit Washington seine eigene Militärpräsenz in Europa teilweise reduzieren und einen Teil seiner Streitkräfte zur Bekämpfung Chinas in Asien verlagern kann. Im Gegenzug erhalten sie lediglich eine großzügige Zusage der USA, sich nicht vollständig aus Europa zurückzuziehen. Nicht einmal von einer Abmilderung der amerikanischen Position in Handels- und Wirtschaftsfragen ist die Rede.

Diese Demütigung der europäischen Eliten ist nicht nur deshalb erfreulich, weil sie im Gegensatz zu Trump

Russland als absolutes Übel wahrnehmen, sondern auch, weil sie zwei mögliche Auswege aus der aktuellen Situation haben.

Der erste ist eine qualitative Vertiefung der Integration im Verteidigungsbereich, die Aufgabe des letzten Symbols der Souveränität der Mitgliedstaaten (nationale Verteidigungspolitik und dementsprechend nationale Verteidigungskomplexe) und die Formierung eines gemeinsamen EU-Verteidigungskomplexes mit einem einheitlichen Beschaffungs- und Verwaltungssystem. In diesem Fall könnte die EU zu einer echten militärischen und militärpolitischen Kraft werden und gleichzeitig die antirussische Konsolidierung aufrechterhalten. Dies würde jedoch enorme Ausgaben erfordern, die sich die EU-Länder in ihrem derzeitigen Zustand nicht leisten können, sowie eine lange Zeit und (noch einmal) eine endgültige Ablehnung des EU-Modells als Zusammenschluss formell souveräner Staaten. Ein anderer Weg ist der Zerfall und die Rückkehr einiger europäischer Länder zu einer unabhängigeren Politik gegenüber Russland. Diese Option ist für Russland viel vorteilhafter und scheint bisher wahrscheinlicher zu sein.

Verschiedene Seiten der Barrikaden

Nun zu der weniger optimistischen Prognose.

Wir stehen erst ganz am Anfang der Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten, und die werden sicher schwierig, angespannt und langwierig sein. Die Dynamik und das hohe Tempo, die Trump bei den Verhandlungen über die Ukraine an den Tag gelegt hat, haben nichts mit seinem Wunsch zu tun, die Beziehungen zu Russland zu verbessern, sondern damit, so schnell wie möglich einen Waffenstillstand auf dem Schlachtfeld zu erreichen. Nicht eine umfassende Lösung mit Beseitigung der Ursachen, sondern ein Waffenstillstand. Dieses Interesse hängt zum einen mit dem Wunsch der USA zusammen, eine vollständige Niederlage der Ukraine und ihre Verwandlung in »Trumps persönliches Afghanistan« zu verhindern. Zweitens hängt es mit dem Wunsch der USA zusammen, Kräfte und Gelder aus den europäischen Angelegenheiten herauszulösen und in den Kampf gegen China

zu verlagern, wodurch die weitere Lebenserhaltung der Ukraine auf die Europäer übertragen wird.

Das Interesse Russlands ist genau das Gegenteil. Nachdem wir auf dem Schlachtfeld gewonnen haben, sind wir so lange nicht an einem Waffenstillstand interessiert bis unsere Forderungen und Bedingungen nicht akzeptiert und erfüllt werden.

Ein Waffenstillstand jetzt wäre eine Rettung für das Kiewer Regime und würde ihm die Chance geben, seine Stärke wiederzuerlangen. Die Wahrscheinlichkeit, dass die russischen Bedingungen für einen Waffenstillstand akzeptiert werden, wenn die Gefahr eines Zusammenbruchs der Front nicht mehr besteht, ist gleich null.

Darüber hinaus gibt es zwischen der Trump-Administration und uns noch viele Widersprüche in der Ukraine-Frage. Der grundlegendste davon ist die Frage der Entmilitarisierung der Nachkriegs-Ukraine und die Art ihrer Beziehungen zur NATO. Russland ist nicht nur an einer formellen Nichtmitgliedschaft der Ukraine in der NATO interessiert, sondern auch daran, dass die Ukraine aufhört, ein antirussisches Werkzeug in den Händen des Westens und eine Quelle militärischer Bedrohung für uns zu sein.

Dementsprechend ist es notwendig, nicht nur auf einem formellen Nicht-Beitritt zum Bündnis zu bestehen, sondern auch auf einer ernsthaften Einschränkung der praktischen Zusammenarbeit der Ukraine mit der NATO, den EU-Ländern, dem Vereinigten Königreich und den USA im militärischen Bereich – um die Nachkriegs-Ukraine in einen wirklich neutralen Puffer zu verwandeln. Keine westlichen Waffenlieferungen, keine gemeinsamen Militärübungen, keine Ausbildung der ukrainischen Streitkräfte durch westliche Ausbilder, keine Übergabe von Geheimdienstinformationen und natürlich keine Stationierung irgendwelcher westlicher Truppen auf ukrainischem Gebiet.

Das US-Interesse – auch unter Trump – ist genau gegenteilig: Die Ukraine muss ein militärisch starker Staat im westlichen Orbit bleiben, auch wenn ihre weitere Militarisierung auf Kosten Europas geht.

Eine Einigung in dieser Frage wird extrem schwierig und kaum möglich sein. Dennoch ist es im Interesse Russlands, einen konstruktiven Dialog mit der

Trump-Administration und mit Trump selbst zu führen. Vor allem, um ihm den Eindruck zu vermitteln, dass die Hauptfeinde des Friedens nicht wir sind, sondern Europa und die Ukraine (die übrigens bereits erklärt haben, dass sie den amerikanisch-russischen Friedensprozess sabotieren wollen und sich weigern, Dinge zu tun, auf die sich Russland und die Vereinigten Staaten ohne ihre Beteiligung einigen könnten). Eine solche Haltung Europas und Kiews ist ganz im Interesse Russlands. Sie wird dazu beitragen, dass die amerikanische Hilfe für die Ukraine (wenn auch nur vorübergehend) eingestellt wird, was Russlands Sieg auf dem Schlachtfeld nur beschleunigen und näherbringen wird.

Zuletzt und vielleicht am wichtigsten. Es muss klar sein, dass die USA unter Trump weder den Kampf um Vorherrschaft und Hegemonie aufgeben noch eine multipolare Welt akzeptieren. Sie kämpfen weiter dagegen an, auch wenn sie den Beginn dieser Entwicklung anerkennen. Trumps Äußerungen, der Dollar solle die alternativlose Weltwährung bleiben, seine feindselige Rhetorik gegenüber den BRICS als der einflussreichsten anti-hegemonialen Institution der modernen Welt und dem Kern der »Weltmehrheit«, die Erklärung von Vizepräsident Vance auf dem Pariser Gipfel, dass es die USA seien, die den Bereich der künstlichen Intelligenz »dominieren« sollten, Trumps Wunsch, Grönland in die Hände zu bekommen und generell die Dominanz der USA in der westlichen Hemisphäre zu stärken, sein Bekenntnis zur Rivalität mit China und sein Bestreben, es in jeder Hinsicht zu schwächen – all das sind Beweise dafür, dass die USA unter Trump einen Kurs der »illiberalen Hegemonie« verfolgen. Und mit einem solchen Amerika werden wir weiterhin auf unterschiedlichen Seiten der Barrikaden stehen.

Anmerkungen

- 1 <https://www.kommersant.ru/doc/7512971>
Dieser Beitrag wurde auch in Marxistische Blätter 2_2025 dokumentiert.
- 2 **Dmitri Suslow**, Stellvertretender Direktor des Zentrums für umfassende europäische und internationale Studien der Fakultät für Weltwirtschaft und Weltpolitik, der National Research University Higher School of Economics (HSE)

Interview mit W. W. Putin¹

24.02.2025

Antworten auf Fragen des Journalisten Pawel Sarubin (24.2.2025)

P. Sarubin: *Wladimir Wladimirowitsch, wir haben gerade Ihr Treffen über Seltenerdmetalle verfolgt. Entschuldigen Sie, aber ich denke, dass sich jetzt alle Journalisten auf der ganzen Welt für die Seltenerdmetalle interessieren, allerdings unter einem etwas anderen Aspekt. Schließlich drängen die Vereinigten Staaten, um es vorsichtig auszudrücken, Selenski zur Unterzeichnung eines Abkommens mit ihnen über diese Ressourcen als Gegenleistung für die Hilfe der vorherigen Regierung – der Regierung Biden – für die Ukraine. Wie schätzen Sie die Aussichten eines solchen Abkommens ein?*

W. Putin: Das betrifft uns nicht. Ich schätze sie in keiner Weise ein und möchte nicht einmal darüber nachdenken. Natürlich wäre es notwendig, diese Ressourcen zu bewerten, inwieweit sie real sind, wie umfangreich diese Ressourcen sind, wie viel sie kosten und so weiter. Aber das, ich wiederhole, ist nicht unsere Sache.

Uns geht es um das, was wir auf dem Treffen besprochen haben. Seltene, Seltenerdmetalle sind ein sehr wichtiger Bestandteil, sehr wichtige Ressourcen für moderne Wirtschaftszweige. Wir tun nicht genug in diesem Bereich, wir müssen mehr tun. Und der Sinn des heutigen Treffens ist es, in einem ersten Schritt die administrativen Ressourcen für die Arbeit in diesem Bereich zu konzentrieren.

Übrigens wären wir bereit, auch unseren amerikanischen Partnern – wenn ich »Partner« sage, meine ich nicht nur Verwaltungs- und Regierungsstrukturen, sondern auch Unternehmen – eine [Zusammenarbeit] anzubieten, wenn sie Interesse an einer Zusammenarbeit zeigen.

Wir haben sicherlich von der Größenordnung her – ich möchte das betonen – von der Größenordnung her mehr Ressourcen dieser Art als die Ukraine. Russland ist einer der unbestrittenen Spitzenreiter, was die Reserven dieser seltenen Metalle und Seltenerdmetalle angeht. Wir haben sie im Norden – in Murmansk, im Kaukasus – in

Kabardino-Balkarien, im Fernen Osten, in der Region Irkutsk, in Jakutien, in Tuwa. Das sind recht kapitalintensive Investitionen, kapitalintensive Projekte. Wir würden gerne mit allen ausländischen Partnern zusammenarbeiten, auch mit amerikanischen.

Was übrigens die neuen Gebiete betrifft, so ist es dasselbe: Wir sind bereit, ausländische Partner zu gewinnen, und unsere so genannten neuen historischen Gebiete, die in die Russische Föderation zurückgekehrt sind, verfügen ebenfalls über gewisse Reserven. Wir sind bereit, auch dort mit unseren ausländischen Partnern, einschließlich der amerikanischen, zusammenzuarbeiten.

P. Sarubin: *Auch in den neuen Gebieten?*

W. Putin: Ja, natürlich.

P. Sarubin: *In diesen Tagen sehen wir eine Flut von Erklärungen, Diskussionen, und alle diskutieren über Trump, warum er so hart sagt, dass Selenski sich auf Wahlen einlassen soll, dass er ein Rating von 4 Prozent hat. Die Europäer kritisieren Trumpf für all diese Aussagen sehr. Und generell gibt es bereits Stimmen, die sagen, dass das derzeitige Vorgehen des US-Präsidenten eher Russland in die Hände spielt. Glauben Sie, dass das wirklich zutrifft?*

W. Putin: Ich glaube, dass das absolut nicht stimmt. Ich habe meinen eigenen Standpunkt zu diesem Thema, und der steht dem, von dem Sie gerade gesprochen haben, entgegen.

Tatsache ist, dass der derzeitige Chef des Kiewer Regimes zu einer toxischen Figur für die ukrainischen Streitkräfte wird, weil er lächerliche Befehle erteilt, die nicht von militärischen, sondern von politischen Erwägungen diktiert werden, und es ist unklar, worauf sie beruhen. Und das führt zu ungerechtfertigt hohen, um nicht zu sagen sehr hohen

oder katastrophalen Verlusten für die ukrainische Armee. Das ist Gift für die Gesellschaft als Ganzes. Und das zeigt sich meines Erachtens auch in der heutigen Abstimmung in der Rada über die Verlängerung seiner Befugnisse.

Schließlich hat er sich mit seinem Dekret über das Verbot von Verhandlungen mit der Russischen Föderation über einen Friedensvertrag in eine Sackgasse manövriert und diese Verhandlungen abgebrochen. Und worum geht es? Es geht darum, dass er diese Verhandlungen vermeidet. Und warum? Weil die Aufnahme dieser Verhandlungen früher oder später, und höchstwahrscheinlich ziemlich schnell, zur Aufhebung des Kriegsrechts führen würde. Und sobald dies geschieht, muss man zu Wahlen kommen. Dann gibt es keinen Grund mehr, keine Wahlen abzuhalten, denn heute werden Wahlen in der Ukraine unter dem Vorwand des Kriegsrechts nicht abgehalten. Und wenn es Verhandlungen gibt, dann eine mögliche schnelle Notwendigkeit, das Kriegsrecht aufzuheben, dann sollte sofort an die Urnen gegangen werden. Und hier hat der derzeitige Regierungschef ein Problem.

Dann spielt es keine Rolle, wie viele Prozent er hat – vier Prozent oder wieviel auch immer. Etwas anderes ist wichtig, dass nach unseren objektiven Daten sein Rating genau halb so hoch ist wie die seines möglichen nächstliegenden politischen Rivalen. Herr Salushny, der ehemalige Kommandeur der ukrainischen Streitkräfte, den man nach London geschickt hat, hat eine genau doppelt so hohe Bewertung.

Rechnet man noch die mögliche Unterstützung anderer politischer Persönlichkeiten, einschließlich ehemaliger Premierminister oder ehemaliger Präsidenten, für diesen möglichen Kandidaten hinzu, sind die Chancen des derzeitigen Regimechefs, die Wahl zu gewinnen, absolut gleich Null. Sie sind gleich Null. Es sei denn natürlich, es wird nicht etwas grob manipuliert, aber auch das ist schlecht für ihn – es wird offensichtlich sein.

Daher ist er ein Faktor für den Verfall der Armee, der Gesellschaft und des Staates. Und der jetzige [US]-Präsident Trump ist sich dessen wahrscheinlich bewusst und drängt ihn zur Wahl. Er will meines Erachtens was tun: Er will die Situation, die politische Situation in der Ukraine heilen, die Gesellschaft konsolidieren, Bedingungen für das Überleben des ukrainischen Staates schaffen. Und im Großen und Ganzen ist dies nicht so sehr zum Nutzen Russlands, denn wir befinden uns im Konflikt mit dem derzeitigen Regime, sondern zum Nutzen der Ukraine selbst.

Der amtierende Präsident hat u. a. angekündigt, dass er Frieden schaffen will – wir übrigens auch – und zwar so schnell wie möglich. Und der derzeitige Regimechef steht der Verwirklichung dieses Ziels im Wege. Das ist der Ausgangspunkt für die Position des Präsidenten der Vereinigten Staaten. Und das hat nichts damit zu tun, dass dies in unserem, also russischen, Interesse liegt, sondern im Interesse der Ukraine, des ukrainischen Staates, um die ukrainische Staatlichkeit zu erhalten. Dagegen haben wir auch nichts einzuwenden. Obwohl wir natürlich möchten, dass dieses Territorium nicht als Aufmarschgebiet für Angriffe auf die Russische Föderation benutzt wird, nicht als feindliches Aufmarschgebiet gegen uns benutzt wird, sondern das es am Ende ein freundlicher Nachbarstaat wird.

P. Sarubin: *Wir hören jeden Tag eine Menge sehr unterschiedlicher Aussagen von Trump. Sie haben ihn mehr als einmal getroffen, Sie haben kürzlich mit ihm telefoniert. Handelt er auf der Grundlage von Emotionen?*

W. Putin: Natürlich nicht. Natürlich gibt der derzeitige Chef des Regimes in Kiew Anlass, diese Emotionen zu zeigen. Aber aus dem, was ich gerade gesagt habe, geht noch etwas ganz anderes hervor: Diese Handlungen beruhen eher nicht auf Emotionen, sondern auf kaltem Kalkül, auf einer rationalen Herangehensweise an die aktuelle Situation.

In der gegenwärtigen Situation waren wir, seltsamerweise, offen gesagt, daran interessiert, dass er dort sitzt und das Regime, mit dem wir uns in einem bewaffneten Konflikt befinden, weiter zersetzt. Aber vom Standpunkt

des Interesses an der Stärkung der ukrainischen Staatlichkeit müssen wir natürlich energischer und in einer ganz anderen Richtung handeln – um Leute an die Macht zu bringen, die das Vertrauen der Menschen in der Ukraine genießen.

P. Sarubin: *Verstehen die Europäer Ihrer Meinung nach überhaupt das Wesentliche der aktuellen Situation um die Ukraine?*

W. Putin: Das sollten Sie sie fragen. Nach der Art und Weise, wie sie sich verhalten, scheint es mir, dass sie es nicht wirklich verstehen. Aber darum geht es nicht einmal. Es geht darum, dass die politischen Führer der europäischen Länder, anders als der neue Präsident der Vereinigten Staaten, mit dem derzeitigen Regime verbunden sind, sie sind engagiert. Und sie haben zu viel gesagt und versprochen, und nun ist es für sie sehr schwierig oder praktisch unmöglich, entschuldigen Sie die einfache Ausdrucksweise, einzulenken, ohne ihr Gesicht zu verlieren. Und wenn man bedenkt, dass sie sich in einer ziemlich komplizierten und verantwortungsvollen innenpolitischen Phase mit Wahlen, Neuwahlen, Schwierigkeiten in den Parlamenten usw. befinden, ist es für sie praktisch unmöglich, ihre Position zu ändern.

Im Gegensatz dazu hat der amtierende Präsident der Vereinigten Staaten, der neue Präsident, der wiedergewählte Präsident – er hat die Hände frei, er ist frei von diesen Zwängen, die ihn daran hindern, voranzukommen und auf eine Lösung des Konflikts hinzuwirken, und es liegt wahrscheinlich in seinem Charakter, dass er geradlinig und ungehemmt handelt. Er hat eine einzigartige Position: Er sagt nicht nur, was er denkt, er sagt, was er will. Nun, das ist das Privileg des Führers einer der mächtigen Großmächte.

P. Sarubin: *Vor ein paar Tagen habe ich Sie in St. Petersburg gefragt, dass alle bei den russisch-amerikanischen Verhandlungen ein gewisses Mitspracherecht haben wollen, aber die Europäer bestehen weiterhin auf ein Mitspracherecht bei den Verhandlungen um die Ukraine. Wie schätzen Sie das ein?*

W. Putin: Ich sehe hier nichts Schlechtes. Fordern kann hier wohl niemand etwas, schon gar nicht von Russland, dann sollen sie es von jemand anderem verlangen. Seit Tausenden von Jahren haben sie von ihren Vasallen alles mögliche verlangt, jetzt wird etwas von ihnen verlangt. Sie sollten sich also mit ihren Forderungen zu Hause hinsetzen und darüber nachdenken, wie sie zu diesem Leben gekommen sind.

Aber ihre Beteiligung am Verhandlungsprozess wird natürlich nötig sein. Und wir haben uns nie geweigert, wir waren in ständigen Gesprächen mit ihnen. Irgendwann haben sie unter dem Eindruck ihrer weit hergeholtten Vorstellungen, Russland auf dem Schlachtfeld zu besiegen, selbst die Kontakte zu uns abgebrochen. Wenn sie zurückkommen wollen, bitte sehr.

Ich habe die Reaktion auf unser Telefongespräch mit dem Präsidenten der Vereinigten Staaten gesehen, und ich habe die Reaktion auf das hochrangige Treffen in Riad gesehen. Sie sind in der Tat emotional und entbehren jeglicher praktischen Vernunft. Warum? Weil sowohl Russland als auch die Vereinigten Staaten den ersten Schritt tun müssen, um komplexe und sogar akute Probleme zu lösen, auch im Hinblick auf die Ukraine.

Was ist der erste Schritt? Dieser erste Schritt sollte der Stärkung des Vertrauens zwischen beiden Staaten gewidmet sein. Genau das haben wir in Riad getan, und genau darum wird es bei den nächsten und vielleicht weiteren hochrangigen Kontakten gehen. Ohne dies ist es unmöglich, irgendein Problem zu lösen, auch ein so komplexes und akutes Problem wie die ukrainische Krise.

Aber was haben die Europäer damit zu tun? Es geht um die bilateralen russisch-amerikanischen Beziehungen. Warum werden sie hier gebraucht? Was haben sie hier zu tun? In dem Telefongespräch und bei dem Treffen in Riad haben wir übrigens die Probleme im Zusammenhang mit der Ukraine-Krise angesprochen, aber die Ukraine-Krise selbst wurde nicht diskutiert. Wir haben uns nur darauf geeinigt, dass wir sie angehen werden. In diesem Sinne und in diesem Fall lehnen wir die Beteiligung der europäischen Länder natürlich nicht ab.

Ich möchte betonen, dass wir auch die Position unserer Freunde aus den BRICS-Staaten respektieren, die eine

Gruppe von Friedensbefürwortern gegründet haben. Ich habe gerade heute mit dem Präsidenten der Volksrepublik China gesprochen, und wir haben auch darüber gesprochen. Er teilte mir mit, dass die »Gruppe der Freunde des Friedens« in New York in naher Zukunft erneut zusammentreten wird, um dieses Thema zu erörtern.

Wir begrüßen es nicht nur, sondern sind allen unseren Partnern dankbar, die diese Fragen aufwerfen und sich für den Frieden einsetzen. Was will ich damit sagen? Nicht nur die Europäer, sondern auch andere Länder haben das Recht und können sich beteiligen, und wir respektieren das.

P. Sarubin: *Ich wollte Sie bitten, sich zu einigen weiteren Äußerungen Trumps zu äußern, von denen es, wie gesagt, eine ganze Menge gibt.*

W. Putin: Aber nicht alle, okay?

P. Sarubin: *Aber nicht alle. Er hat mir zum Beispiel gesagt, dass er Ihnen und dem chinesischen Staatschef vorschlagen will, die Verteidigungsbudgets um die Hälfte zu kürzen. Was halten Sie von dieser Idee?*

W. Putin: Ich weiß, ich kann mir denken, worauf das beruht. Das stützt sich offenbar auf die Berechnungen eines britischen Forschungszentrums, in dem unsere Ausgaben nach der Kaufkraftparität berechnet wurden. Letztes Jahr hatten die USA, glaube ich, 968 Milliarden Dollar, und wenn man die russischen und chinesischen Ausgaben zusammenzählt, kommt man ungefähr auf dasselbe – die russischen und chinesischen zusammen, wenn man sie mit den amerikanischen Ausgaben vergleicht.

Erstens müssen wir das alles durchzählen. Die Berechnungen des britischen Zentrums mögen korrekt sein, oder sie mögen nicht sehr korrekt sein, oder sie mögen überhaupt nicht korrekt sein, das müssen wir uns ansehen. Erstens.

Zweitens. Ich kann mich nicht dazu äußern, wie die Volksrepublik China darüber denken würde. Es gab verschiedene Ansätze von amerikanischer Seite in Bezug auf strategische Offensivwaffen und andere sehr ernste Fragen. Es ist also eine Angelegenheit für die Volksrepublik

China. Aber wir könnten uns mit den Vereinigten Staaten einigen, wir haben nichts dagegen. Ich halte die Idee für gut: Die Vereinigten Staaten würden um 50 Prozent reduzieren, und wir würden um 50 Prozent reduzieren, und die Volksrepublik China würde sich dann anschließen, wenn sie das möchte. Wir halten den Vorschlag für gut, und wir sind bereit, darüber zu diskutieren.

P. Sarubin: *Trump hat auch Zölle auf Stahl- und Aluminiumimporte in Höhe von 25 Prozent aus allen Ländern verhängt. Bei Aluminium haben wir früher gut mit den Vereinigten Staaten zusammengearbeitet. Was halten Sie von dieser Handelspolitik?*

W. Putin: Ich möchte mich jetzt nicht zur Handelspolitik der Vereinigten Staaten äußern, sie ist seit vielen Jahren mit Sanktionen verbunden. Wir betrachten diese Sanktionen als illegal und schädlich für den Welthandel und die Wirtschaft. Und sie schaden meiner Meinung nach sowohl uns als auch denjenigen, die diese Sanktionen verhängen.

Und was die Handelspolitik, die Erhöhung von Zollsätzen, Zöllen usw. angeht: Jedes Land bestimmt selbst, was günstig und was ungünstig ist. Ich kann die Logik verstehen: die Produktion ins eigene Land zu holen, Arbeitsplätze zu schaffen, dazu zu zwingen, Steuern auf allen Ebenen des Steuersystems zu zahlen, und so weiter. Aber irgendwann werden diese Maßnahmen natürlich auf gewisse Schwierigkeiten stoßen, die mit dem Inflationsdruck, den steigenden Warenkosten und so weiter zusammenhängen. Aber das ist etwas, was die Experten wissen, sie werden es Ihnen im Detail sagen.

Was Aluminium betrifft, so lieferten wir 2017 meines Erachtens etwa 15 Prozent aller US-Importe – etwa 15 Prozent davon kamen aus Russland. Im Allgemeinen produzieren die Vereinigten Staaten, wenn ich mich richtig erinnere, etwa 60 Prozent des von ihnen benötigten Aluminiums selbst, und 40 Prozent werden importiert. Also kamen 15 Prozent davon aus der Russischen Föderation. Der Hauptimporteur ist heute Kanada.

Wenn beschlossen wird, den US-Markt für unsere Erzeuger zu öffnen, könnten wir etwa 2 Millionen Tonnen auf dem US-Markt verkaufen. Dies hätte zwar keine

nennenswerten Auswirkungen auf die Preisbildung, würde sich aber meiner Meinung nach dennoch zügelnd auf die Preisstabilisierung auswirken.

Darüber hinaus, und das ist meiner Meinung nach das Wichtigste, könnten wir gemeinsam mit amerikanischen Unternehmen über eine gemeinsame Arbeit in diesem Bereich nachdenken. In der Region Krasnojarsk zum Beispiel gab es schon zu Sowjetzeiten Pläne, ein neues Wasserkraftwerk zu bauen und zusätzliche Aluminiumproduktionsanlagen zu schaffen. Denn Aluminium ist in erster Linie Energie, und zwar möglichst billige Energie. Wasserkraft ist billig, und sie ist unter anderem auch umweltfreundlich.

Deshalb gibt es, ich wiederhole, gab es solche Pläne schon zu Sowjetzeiten, aber es sind kapitalintensive, investitionsintensive Projekte: nach vorläufigen Schätzungen kostete oder wird es zu heutigen Preisen etwa 15 Milliarden kosten. Wir können darüber nachdenken.

Ja, die Politik des derzeitigen Präsidenten besteht darin, die Produktion in den Vereinigten Staaten anzusiedeln. Aber wenn amerikanische Unternehmen hier arbeiten, ist das auch ein Vorteil, und zwar ein erheblicher, denn die Unternehmen werden einen ordentlichen Gewinn erzielen, und die entsprechenden Aluminiummengen werden zu absolut akzeptablen Marktpreisen auf den heimischen Markt geliefert. Hier gibt es viel zu bedenken, ebenso wie bei der gemeinsamen Arbeit an seltenen Metallen und Seltenerdmetallen und in anderen Bereichen, z. B. im Energiebereich.

P. Sarubin: *Übrigens habe ich vor ein paar Minuten eine weitere Nachricht aus den Vereinigten Staaten gelesen: Präsident Trump sagte, dass die Vereinigten Staaten und Russland im Rahmen der Verhandlungen über die Ukraine über große Wirtschaftsjunkte diskutieren.*

W. Putin: Ja, einige unserer Unternehmen stehen miteinander in Kontakt und besprechen solche Projekte.

Anmerkung

1 <http://kremlin.ru/events/president/news/76331>

Langes Spiel¹

Fjodor Lukjanow²

24.02.2025

Als Wladimir Putin am 24. Februar 2022 den Beginn einer speziellen Militäroperation in der Ukraine ankündigte, nannte er die Gründe, die den Einsatz von Gewalt erzwingen. Er verwies insbesondere auf den Feind – »den gesamten so genannten westlichen Block, der von den Vereinigten Staaten nach ihrem eigenen Bild und Gleichnis gebildet wurde«.

»Es gibt keinen Grund, bescheiden zu sein: Die Vereinigten Staaten sind immer noch ein großes Land, eine systemrelevante Macht«, sagte Putin damals. – »Alle ihre Satelliten fügen sich nicht nur gehorsam und unterwürfig und singen bei jeder Gelegenheit mit, sondern kopieren auch ihr Verhalten und akzeptieren begeistert die ihnen angebotenen Regeln ...«. Dies bezog sich auf die Bereitschaft des »kollektiven Westens« (dieser Begriff ist in der Zeit der militärischen Spezialoperation fest in unserem Sprachgebrauch eingegangen), auf Geheiß des Hegemoniallandes gegen Russland vorzugehen.

In dieser Rede war die Passage über die Struktur des Westens, um es ganz offen zu sagen, nicht die wichtigste, und die Hauptnachricht überschattete alles andere. Und der Strudel weiterer schwindelerregender Ereignisse absorbierte lange Zeit die Spekulationen über das Wesen der gegnerischen Seite. Zumal sich die These von »Bild und Gleichnis« voll zu bestätigen schien. Europa und die asiatischen Verbündeten der Vereinigten Staaten leiteten trotz schwerer Verluste einen Bruch mit Russland ein. In der ganzen Folgezeit sprach keiner von ihnen auch nur von einer Wiederaufnahme der Beziehungen.

Drei Jahre später erwies sich die Frage »Was ist der Westen?« plötzlich als nahezu entscheidend für den Ausgang dieses komplexen Konflikts. Die Rückkehr Donald Trumps ins Weiße Haus hat die Wirkung eines gewaltigen Vulkanausbruchs oder einer tektonischen Verschiebung. Sie betrifft vor allem die westliche, transatlantische Gemeinschaft, der der Boden unter den Füßen wegbricht. Genauer gesagt, wenn wir diese Metapher weiterentwickeln, hat

einer der beiden »Füße« der Gemeinschaft plötzlich mit einem Schwung gegen das Bein getreten. Offenbar, um es im Takt in Bewegung zu setzen, aber nun in die entgegengesetzte Richtung. Das »Glied«, das den Tritt erhalten hat, ist verletzt und verbittert, aber man lässt es sich nicht beruhigen und erholen, indem man es weiter mit, wenn nicht Schlägen, so doch mit beleidigenden Beschimpfungen überschüttet.

Wie werden sich die Beziehungen zwischen den beiden Seiten des Atlantiks in Zukunft entwickeln? Wladimir Putin weicht nicht von seiner Version von vor drei Jahren ab: Die Europäer werden, auch wenn sie Trump nicht mögen, »ihrem Herrn zu Füßen liegen und sanft mit dem Schwanz wedeln«, denn zu etwas anderem sind sie nicht fähig. Der prominente amerikanische Spezialist für internationale Beziehungen Stephen Walt glaubt jedoch, dass die Verbündeten, die durch den US-Präsidenten beleidigt wurden, zu sich kommen, sich zusammenschließen und einen wirksamen Weg finden werden, um sich ihm zu widersetzen. Wie wahrscheinlich sind die einzelnen Szenarien? Und was bedeutet das für Russland?

Das Gute mit dem Bösen

Die Geschwindigkeit und Radikalität, mit der das Team des neuen Herren im Weißen Haus vorgeht, ist verblüffend. Die kühnsten russischen Talkshows bleiben vor diesem Hintergrund hinter dem zurück, was die Trumpisten und ihr Anführer über die Ukraine und Europa sagen. Letztere sind schockiert, weil ihre üblichen Mantras über Demokratie und Freiheit sich nun gegen sie richten, und zwar auf sehr harte Art und Weise. Es scheint, als ob Trump es eilig hat, dem westlichen Gefüge die Pfeiler zu entreißen, die es jahrzehntelang gestützt haben.

Es ist paradox, dass der Ukraine-Konflikt der unmittelbare Grund für die Demontage ist. Trump ist nicht

an der Ukraine selbst interessiert; er sieht keinen Sinn darin, Amerika in diesen Konflikt hineinzuziehen, wenn Washington viel wichtigere Dinge zu tun hat (China, Nord- und möglicherweise Südamerika, die Arktis und in gewissem Maße der Nahe Osten). Durch die Bemühungen des vorherigen US-Präsidenten wurde das Geschehen in der Ukraine jedoch in den Rang einer globalen Schlacht zwischen Gut und Böse erhoben. Die Einsätze, einschließlich der Propaganda-Einsätze, wurden so weit erhöht, dass ein reibungsloser Ausstieg aus dem Konflikt nach dem bisherigen Konzept schlicht unmöglich wurde. Es ist kein Zufall, dass die Regierung Biden bis in die letzten Tage alles daran setzte, den Krieg aufrechtzuerhalten.

Jetzt hat sich die Situation ins Gegenteil verkehrt. Da die entgegengesetzten Vorgänger behaupteten, die Ukraine sei ein absolut prinzipielles Thema, werden wir beweisen, dass es sich dabei nur um Ödland handelt. Auf keinen Fall um ein Subjekt, dessen Meinung von Bedeutung ist, ein Land, das auf Kosten anderer lebt, sollte einfach tun, was der Geber ihm sagt. In Trumps Augen ist Europa ein Parasit, der von amerikanischem Geld lebt.

Der Angriff der Trumpisten auf diejenigen, die schon immer als engste Partner galten, ist entmutigend, und aus dem Mund des US-Präsidenten selbst wird er zu einer wahren Groteske. Warum so viel Leidenschaft? Zum Teil ist dies auf die Besonderheiten des allgemeinen Stils von Donald Trump zurückzuführen: Es ist seine übliche Art, mit Nachdruck einen Informationsfluss zu erzeugen. Nachdem er eine These in den Raum geworfen hat, die alle verwirrt, einschließlich der Unrichtigkeit der Daten, stellt er sie auf zweifelnde Fragen nicht klar, sondern wiederholt sie einfach immer wieder fast wortwörtlich und erzielt so den Effekt der Gewöhnung. Und dann, beim zwanzigsten Mal, erscheint der Gedanke nicht mehr so abwegig. Aber das ist taktisch. Strategisch gesehen folgt Trumps Außenpolitik seltsamerweise den Grundsätzen der liberalen Schule der internationalen Beziehungen in

dem Sinne, dass die Außenpolitik eine Fortsetzung der Innenpolitik ist.

Bismarck gegen den Papst

Dass Trump und seine Mitstreiter, darunter auch jene aus dem Silicon-Valley unter der Führung von Elon Musk, auf eine zweite amerikanische Revolution zusteuern, sagen sie selbst und einige Kommentatoren. Konkret geht es darum, die Befugnisse und Vorrechte des Staates zu beschneiden, die im letzten Jahrhundert ausgeübt sind. Das Sozialsystem gehörte nicht zu den ursprünglichen Absichten der Gründerväter, aber es wurde allmählich durch die gesellschaftlichen Anforderungen und die sich in diese Richtung bewegendende Welt geformt. Aus der Sicht von Libertären aller Couleur führte dies zu einem Rückgang der Effizienz und einer Einschränkung der Freiheit. Der Staat hat sich das Recht angemessen, alles zu regeln, bis hin zur Durchsetzung der absurdesten Ideen der modernen Liberalen (»Identitätspolitik«, bei der die Form den Inhalt völlig besiegt hat, aber auch zu einem Diktat geworden ist).

Die Regierung von Joe Biden wurde zum Symbol eines solchen Kurses innerhalb der Vereinigten Staaten; der Verfall der bisherigen Politik wurde sogar visuell zum Ausdruck gebracht – ein unfähiger Führer, der dringend durch einen eklatant inkompetenten Nachfolger ersetzt werden musste. Unter Biden wurde die westliche Gemeinschaft, die seit langem komplexe interne Prozesse durchlaufen hatte, wieder »kollektiv« – der Ukraine-Konflikt war der Katalysator für die Einheit.

Für Trump ist Europa nicht Teil des »kollektiven Westens«, sondern des »kollektiven Bidens«, zumal das europäische Establishment leidenschaftlich auf der Seite des letzteren stand und seinen Rivalen während des gesamten Wahlkampfes verteuflte.

Die Trumpisten reagierten spiegelbildlich – sie begannen, sich in die europäischen Wahlprozesse einzumischen, indem sie ihnen genehme Parteien unterstützten. In solch unzeremonieller Form ist so etwas zuvor außer im post-sowjetischen Raum noch nicht geschehen. Europa ist verwirrt und redet sich ein, dass es alles ohne die Amerikaner

bewältigen kann, aber niemand weiß, wie es das tun soll. In der Rhetorik versuchen die Europäer, der Logik von Steve Walt zu folgen, aber in der Praxis tun sie das, was Putin beschrieben hat. Die bloße Unterwerfung unter das gegenwärtige Washington scheint jedoch nicht auszureichen. Die USA streben einen »Regimewechsel« an, um mit Gleichgesinnten weiterzuarbeiten. Sie werden vermutlich diejenigen sein, die »mit dem Schwanz wedeln«.

Dies ist natürlich nur ein vereinfachtes Schema. Das transatlantische Konglomerat ist eine gut gebaute Festung, die auch schweren Schlägen standhalten kann. Allerdings wurde es noch nie so stark angegriffen, vor allem nicht von innen. Der »kollektive Westen« könnte durch die Bestrebungen zur Erneuerung seines Pfeilers, der Vereinigten Staaten, tödlich beschädigt werden. Sollten die Erneuerer Erfolg haben, was keineswegs garantiert ist, wird sich Europa anpassen müssen. In gewisser Weise erinnert das Geschehen an den »Kulturkampf« – den Kampf der preußischen Regierung gegen den Einfluss der römisch-katholischen Kirche nach der deutschen Einigung. Die globalistischen Liberalen auf beiden Seiten des Atlantiks spielen die Rolle des Papsttums, und die Populisten (es ist bemerkenswert, dass Vance und seine Mitarbeiter den Begriff, der bis vor kurzem ein Schimpfwort war, in einem positiven Sinne verwenden) spielen die Rolle von Bismarck.

Das europäische Problem wird durch die Tatsache verschärft, dass eine hypothetische Weigerung, am »Westen« teilzunehmen, wie er sich nach dem Zweiten Weltkrieg herausgebildet hat (davor gab es keinen einheitlichen politischen Westen), einen Sturz ins Ungewisse verspricht. In der heutigen Welt sind selbst die größten europäischen Länder einzeln nicht in der Lage, eine Rolle zu spielen, die sie für sich selbst als würdig erachten würden. Und Phantasien über eine chinesisch-europäische Annäherung vor dem Hintergrund einer russisch-amerikanischen Entente haben natürlich nichts mit der Realität zu tun.

Mehrheit und Minderheit

Der Autor dieser Zeilen hat bereits auf den Seiten von »Profile« geschrieben, dass das wichtigste internationale

Ergebnis der militärischen Spezialoperation das Auftauchen eines Phänomens war, das wir als Weltmehrheit bezeichnen. Die große Gemeinschaft der Länder zog es vor, sich von dem ausgebrochenen Konflikt zu distanzieren; sie wich den beharrlichen Forderungen des Westens, sich der antirussischen Sanktionskoalition anzuschließen, aus und versuchte, für sich selbst Vorteile herauszuholen. Dies war für die USA eine unangenehme Überraschung und zeigt, dass das internationale Umfeld nun anders organisiert ist. Vor Russland eröffnete sich die Möglichkeit, qualitativ andere Beziehungen mit dem nicht-westlichen Teil der Welt aufzubauen.

Jetzt erleben wir die zweite Folge der militärischen Spezialoperation – innerhalb der westlichen Welt selbst. Und das eröffnet hypothetisch auch für Russland Möglichkeiten.

Eine solche ideologische Übereinstimmung zwischen Moskau und Washington hat es seit langem nicht mehr gegeben. Wenn dies in der Vergangenheit der Fall war, war der gemeinsame Nenner die US-Agenda; jetzt ist eher das Gegenteil der Fall. Russland und die USA demonstrieren gegenseitige Höflichkeit, was besonders beeindruckend ist im Gegensatz zum jüngsten Balancieren am Rande eines echten Krieges. Der Wunsch, Erfolg zu erzielen, ist verständlich, zumal die Hinwendung zur Konstruktivität symbolisch mit dem runden Jahrestag der Konferenz von Jalta zusammenfiel. Aber wir sollten nüchtern bleiben.

Innerhalb des Westens ist ein Kampf im Gange, der für seine Zukunft von grundlegender Bedeutung ist. Die eine Seite (Amerika) hat es für nützlich befunden, Russland heranzuziehen. Bis zu einem gewissen Grad entspricht diese Annäherung auch den russischen Interessen, Hauptsache, man wird nicht in die Konfrontation der anderen hineingezogen. Hier ist es für Russland angebracht, die Position der Weltmehrheit einzunehmen – wir verstehen eure Probleme, wir sind bereit zu kooperieren, aber nur im Rahmen des Möglichen. Das liegt nicht einmal daran, dass die Einmischung in die politischen und ideologischen Auseinandersetzungen des Westens in der Vergangenheit für Russland immer nach hinten losging. Es geht in erster Linie um die Beziehungen zum Rest der Welt. Und

der allgemeine Trend, sich von der langjährigen Dominanz des Westens zu entfernen, wird sich fortsetzen, auch wenn der Weg dorthin ziemlich verschlungen sein mag.

Trumps Absicht, die Beziehungen zu den Verbündeten so kostengünstig wie möglich zu gestalten, ist eine vorbereitende Maßnahme. Die Hauptarbeit wird in der nächsten Phase beginnen, wenn die USA es mit Rivalen größeren Kalibers, vor allem mit China, aufnehmen werden. In dieser Situation wird es für Trump wichtig sein, dafür zu sorgen, dass Russland nicht dazu dient, Peking zu stärken, wie er im Wahlkampf 2016 sagte. In seiner ersten Amtszeit ging es aus inneramerikanischen Gründen bergab; jetzt hat sich Trumps Fähigkeit, seine Absichten zu verwirklichen, erhöht. Es ist unwahrscheinlich, dass der derzeitige Freibrief für immer gilt, aber bisher ist der Grad der allgemeinen Unfähigkeit, seinem Druck zu widerstehen, beeindruckend.

Russland fühlt sich aus historischen und kulturellen Gründen im Umgang mit westlichen Gesprächspartnern wohler als mit Vertretern anderer Regionen. Die Erfahrung der letzten drei Jahre hat gezeigt, wie schwierig es ist, Beziehungen zu neuen Partnern aufzubauen. Zum einen ist die Psychologie der Kontakte eine andere, zum anderen ist die gesamte globale Infrastruktur noch immer auf die zentrale Rolle der USA und des Westens ausgerichtet, und Alternativen sind schwer zu finden. Die Versuchung, sich auf die »gute alte Zeit« zu besinnen, ist also groß und verständlich. Aber man sollte ihr nicht nachgeben.

Finale vor der Fortsetzung

Und generell geht es nicht um die ewigen Schwankungen in den Beziehungen zwischen Russland und dem Westen und auch nicht um die Wankelmütigkeit des Schicksals bei den Wahlen. Viel wichtiger ist die Richtung der globalen Transformation. Die Rückkehr Russlands auf den Weg seiner üblichen Interaktion mit dem Westen bedeutet eine Zementierung des Musters des Kalten Krieges. Dieses Modell bindet Russland an die USA und den Westen, während der Rest der Welt zunehmend versuchen wird, die Diversifizierung zu maximieren und verbindliche Beziehungen zu vermeiden.

Die Mehrheit der Weltbevölkerung hat Russland als ein Subjekt wahrgenommen, das in erster Linie die Anerkennung des Westens sucht, auch durch Konflikte. Sobald sich die westlichen Länder, Wut durch Barmherzigkeit ersetzend, Russland zuwenden, wird es sich sofort von allen anderen abwenden und neue Beziehungen zu den »Partnern seiner Träume« suchen. Inwieweit diese Einschätzung gerecht ist, ist eine andere Frage, aber sie ist sehr verbreitet.

Wenn Moskau sich tatsächlich nach diesem Stereotyp verhält, ist das für seine künftige Politik geradezu fatal.

Der Ukraine-Konflikt ist, worüber ich bereits geschrieben habe, keine Schlacht um die künftige Weltordnung, sondern das (hoffentlich) endgültige Ende des Kalten Krieges, der die gesamte zweite Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts andauerte. Ein erfolgreicher militärisch-politischer und diplomatischer Abschluss des Konflikts wird zweifellos Russlands Position für die kommende Zeit stärken. Aber eben als bedeutender und unabhängiger Teilnehmer in dem sich entfaltenden großen und komplizierten Spiel. Nicht um die Weltordnung, sondern um die Erlangung und Nutzung relativer Vorteile in einer langen Periode schlecht geordneter internationaler Politik. Eine Zeit, in der es keine »neue Aufteilung der Welt« geben wird, weil sie nicht gefestigt werden kann.

Jeder wird sich im Laufe des Spiels verändern. Der Westen, der sich in einer schmerzhaften Phase der Systemtransformation befindet, ist zudem in seinen verschiedenen Bestandteilen nicht identisch. Russland, das seine Zielsetzung neu definieren und die Palette der eingesetzten Instrumente erweitern muss. China, das ein Niveau erreicht hat, bei dem es entweder »Gewinne einfahren« oder in eine viel riskanteren Partie eintreten muss. Und so weiter.

Nun, ich muss die Plattitüde wiederholen. In einem solchen Umfeld kann man das Spiel nur spielen, wenn es eine solide Basis gibt – einen Staat, der allen Belastungen standhält und mit der Gesellschaft in Einklang steht. Ohne diesen Zustand gibt es nichts, worum man spielen kann.

Anmerkungen

- 1 <https://globalaffairs.ru/articles/igra-vdolguyu-lukyanov/>
- 2 **Fjodor Lukjanow**, Chefredakteur, Russland in der globalen Politik, 24.2.2025

01.03.2025

Sergei Obuchow zu »Krasnaja Linija« über den »Tamburintanz« der russischen Expertokratie um Trump¹

»Nur eine völlige Änderung des sozioökonomischen Kurses des Landes ist eine Garantie dafür, dass wir in Zukunft die Rolle eines weltweiten und nicht eines regionalen Machtzentrums beanspruchen können«, sagte der Duma-Abgeordnete Sergej Obuchow in einem Interview mit dem Fernsehsender »Krasnaja Linija« und kommentierte die Begeisterung russischer Experten über die erneuerten russisch-amerikanischen diplomatischen Kontakte. In der Tat hat die russische Expertokratie einen »Tanz mit Tamburinen« um alle möglichen Äußerungen und Aktionen des amerikanischen Präsidenten veranstaltet, der ausschließlich seine eigenen imperialistischen Interessen verfolgt.

Der stellvertretende Vorsitzende des Staatsduma-Ausschusses für die Entwicklung der Zivilgesellschaft, öffentlicher und religiöser Vereinigungen, Doktor der Politikwissenschaften Sergej Obuchow, beantwortete Fragen des Fernsehsenders »Krasnaja Linija« im Zusammenhang mit den erneuten Verhandlungen zwischen Russland und den Vereinigten Staaten unter Präsident Donald Trump.

Abgeordneter Sergej Obuchow:

Der wichtigste geopolitische Widerspruch, den die Vereinigten Staaten heute haben, ist nämlich der mit dem kommunistischen China. Und alles, was dazu beiträgt, Krieg mit diesem Land zu führen, ist ein Segen für Trump. Daher sind alle guten Worte über das russische Volk, das Napoleon und Hitler besiegt hat, und das »Lob« über Wladimir Wladimirowitsch von ihm nichts weiter als »leere Worte«.

Und wir sind uns sehr wohl bewusst, dass all diese »Streicheleinheiten« für Russland einen bestimmten Preis und, sagen wir, einen Zweck haben: einen Keil zwischen das Bündnis zwischen Russland und China zu treiben. Aus dem Grund, weil es für die Vereinigten Staaten äußerst

nachteilig ist – insbesondere nach dem 24. Februar 2022: dem Beginn der militärischen Spezialoperation. Es stellte sich heraus, dass die Vereinigten Staaten von Amerika auf dem einen »Pol« im »Dreieck der Konfrontation« zwischen den Supermächten stehen, und ihm China und die Russische Föderation, die ihnen gegenüberstehen, auf dem anderen. Und um einen solchen »Keil« zu treiben, ist der amerikanische Staatschef bereit, alles einzusetzen – einschließlich des berüchtigten »Deals« über natürliche Ressourcen und die Ukraine.

Übrigens sind unsere Oligarchen und die Chefs der großen Konzerne bei dem Wort »Deal« schon mächtig ins »Sabbern« geraten. Und wir hören bereits von Vertretern der Wirtschaft, dass auch wir den Amerikanern im Donbass »seltene Erden« anbieten sollen. Es ist wie in dem Lied, das umgedichtet wurde: Ich verließ mein Haus und zog in den Krieg, um Trump im Donbass »seltene Erden« zu geben. So ist es wohl zu verstehen.

Oder die Oligarchie erklärt auch: Warum laden wir die Amerikaner nicht zum Beispiel in die Region Krasnojarsk ein und lassen sie über unser Aluminium, Bauxit und andere Mineralien verfügen? Oder helfen wir Trump nicht, sich in der Arktis niederzulassen, sagen sie und prusten vor Freude? Was kann für ihn Grönland sein, das er Dänemark »wegschnappen« will? Wir haben »freies« arktisches Land – davon gibt es eine Menge: von den Nowosibirsker Inseln bis zum Franz-Josef-Land.

Der Herrscher der »westlichen Welt«, ihr Herr, Herr Trump, versteht sehr wohl, was er will. Aber unsere sogenannte »Elite« versteht ihre eigenen »Wünsche« überhaupt nicht. Selbst nachdem Putin am 24. Februar 2022 den »Rubikon« überschritten hat, indem er die militärische Spezialoperation begann.

Damit hat der russische Präsident deutlich gezeigt, dass er bereit ist, für die Souveränität Russlands zu kämpfen und dass mit ihm zu rechnen ist. Und die russische »Elite«,

so stellt sich heraus, hat nicht erkannt, dass man in den letzten Jahrzehnten nicht einmal bereit war, mit Russland »auf Augenhöhe« zu reden. Und zwar genau deshalb, weil das Land quasi zur »Dorfmatratze«, zum »fünften Rad« am »westlichen Wagen« geworden ist. Und die »Elite« hat die ganze Zeit über nichts anderes getan, als weinerlich zu betteln – lasst den »oligarchischen Dunka (Einfallspinsel, D. G.)« nach Europa herein.

Und wir kämpfen heute in der Ukraine praktisch mit dem gesamten Westen für die Unabhängigkeit Russlands. Außerdem dafür, dass unser Land endlich anerkannt wird, und zwar zu Recht, als eines der »Zentren« der Weltpolitik, »Zentrum« des Einflusses, mit dessen geopolitischen Interessen gerechnet werden muss.

Aber sobald der »König der westlichen Welt« – Herr Trump – mit dem Finger lockte und wohlwollend auf unsere »Elite« schaute, »schmolz« sie sofort dahin. Und das bedeutet, dass wir weiterhin rücksichtslos ausgenutzt werden, und dann, nachdem sie alle »Säfte« ausgepresst haben, werden sie uns einfach abschreiben.

Daher ist es notwendig, weiterhin für die Souveränität Russlands zu kämpfen. Gemeinsam mit dem »globalen Süden« und China müssen wir unsere geopolitischen Interessen auf jede erdenkliche Weise verteidigen. Und unsere »Elite« sollte, anstatt den Aussagen zur »Erschließung« unserer restlichen Ressourcen durch die Amerikaner »Beifall zu klatschen«, längst erkannt haben, dass wir nur als echte Alternative zum zerfallenden Westen überleben werden.

Anmerkung

1 <https://kprf.ru/party-live/opinion/232378.html>

Achse Moskau–Washington¹

Boris Kagarlizki

02.03.2025

DIESES MATERIAL (INFORMATION) WURDE VON DEM AUSLÄNDISCHEN AGENTEN BORIS JULJEWITSCH KAGARLIZKI HERGESTELLT, VERTEILT UND (ODER) GESENDET ODER BETRIFFT DIE AKTIVITÄTEN DES AUSLÄNDISCHEN AGENTEN BORIS JULJEWITSCH KAGARLIZKI.

Nachdem das Fernsehen verkündet hatte, dass wir jetzt mit Amerika gegen Europa befreundet sind, herrschte unter den Insassen des Lagers IK-4 einige Verwirrung. Die Fortgeschrittensten eilten in die Bibliothek, um George Orwells »1984« zu bestellen. Es bildete sich eine Warteschlange.

Eigentlich ist die Logik der Ereignisse nicht schwer zu verstehen. Die russische Führungsgruppe braucht dringend die Unterstützung der Regierung von Donald Trump, um aus der Sackgasse herauszukommen, in die sie sich selbst hineingetrieben hat. Das einzige Problem ist, dass der Preis für diese Unterstützung unerschwinglich sein könnte.

Wie ich bereits geschrieben habe, sind in den Vereinigten Staaten zum ersten Mal seit vielen Jahrzehnten Menschen an der Macht, die sich nicht an die Regeln und Verpflichtungen gebunden fühlen, die im 20. Jahrhundert existierten. Seinerzeit wurde viel über das Schicksal des von Wallerstein beschriebenen Weltsystems und die Hegemonie der USA in diesem System diskutiert. Einige sahen das Weltsystem durch den Aufstieg Chinas bedroht, andere sahen in der Politik Russlands einen Versuch, die Weltordnung zu verändern oder zu zerstören. Jetzt wissen wir, dass Amerikas Hegemonie tatsächlich zu Ende geht, aber ihr Zerstörer ist die US-Administration selbst: Hegemonie ist eine Last von Verpflichtungen und Verantwortung, die Trump nicht übernehmen will.

Aber das Ende der Hegemonie bedeutet nicht das Ende des Imperialismus. Im Gegenteil, wir erleben den aggressivsten und schamlosesten Imperialismus, wenn die USA mit ihren Nachbarn auf der Grundlage einer Politik des »großen Knüppels« interagieren. Washingtons neue Orientierung ist auf Dominanz ausgerichtet, was keine Rücksicht auf fremde Interessen und die Achtung fremder Rechte bedeutet. Und Russland wird ganz offen die Rolle eines Handlangers in diesem gegen China, Europa und generell den Rest der Welt, einschließlich sogar gegen Kanada, gerichteten Unterfangens angeboten.

Es scheint, dass die in Moskau Regierenden keine andere Wahl haben, als diese Bedingungen zu akzeptieren, zumal Trump ihnen in der Ukraine-Frage entgegenkommen wird (genau in dem Maße, in dem es die Interessen und Ambitionen seines Teams nicht beeinträchtigt). Ansonsten können wir nur auf Glück und die Fähigkeit der europäischen Diplomaten hoffen, die Situation unter Kontrolle zu halten. Aber die Achse Moskau–Washington nimmt eindeutig Gestalt an.

Das Problem ist, dass eine solche unvorbereitete und erzwungene Kehrtwende den wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Trends widerspricht, auch denen, die von der gegenwärtigen Regierung vorgegeben wurden. Und es geht nicht nur darum, wie die patriotische Öffentlichkeit, deren zentrale Ideologie der Antiamerikanismus ist, das Geschehen aufnehmen wird. Viel wichtiger ist, dass die wirtschaftlichen Beziehungen Russlands traditionell auf Europa und China ausgerichtet sind und die Vereinigten Staaten im Gegenzug wenig zu bieten haben. Schlimmer noch, die Verdrängung russischer Lieferanten von den europäischen Märkten wird sich unter Trump fortsetzen.

Das russische Business, das von einer Normalisierung der Beziehungen zum Westen träumen, wird diese

Normalisierung bekommen, aber in einer Form, die alles nur noch schlimmer macht. Was die Politik angeht, so ist die Trump-Administration mit der derzeitigen russischen Regierung nicht nur zufrieden, sondern sie ist für sie ideal. Ein Partner, der sich nicht von der öffentlichen Meinung einschränken lässt, der nicht nur keine Rücksicht auf die Opposition, sondern auch nicht auf die wirtschaftlichen Interessen des eigenen Landes nimmt, ist ein idealer Partner. Für russische Liberale, die immer noch glauben, dass die Vereinigten Staaten das Zentrum der Kräfte des Guten sind, wird dies eine unangenehme Überraschung sein. Ebenso wie für jene Vertreter des »globalen Südens«, die in Wladimir Putins Russland einen Verbündeten gegen den US-Imperialismus zu finden versuchten. Enttäuschungen dieser Art wären jedoch in jedem Fall vorprogrammiert gewesen. Glücklicherweise gibt es gute Gründe für die Annahme, dass der Prozess der Annäherung zwischen den beiden autoritären Projekten nicht unproblematisch sein wird. Sie wird sogar auf der Ebene der Eliten auf Widerstand stoßen. Es ist unwahrscheinlich, dass sich die europäischen Staaten völlig aus dem Einigungsprozess herausdrängen lassen und somit einen gewissen Einfluss auf das aktuelle Geschehen behalten werden. In Russland selbst werden Geschäftskreise, die an Beziehungen zu Europa und China interessiert sind, Widerstand leisten müssen, wenn auch eher mit Lobbyarbeit und bürokratischen als mit politischen Methoden. Und in den Vereinigten Staaten selbst ist die Position des Trumpismus nicht so stark, wie es im November 2024 nach der Wahlniederlage der Demokraten den Anschein haben mochte. Obwohl die Trump-Regierung bemerkenswert immun gegen die öffentliche Meinung ist, wird der Widerstand inmitten einer noch nie dagewesenen Spaltung innerhalb der herrschenden Klasse wachsen.

Ich denke, dass uns noch keine dunkle Ära des triumphierenden Totalitarismus im Geiste von Orwells »1984« bevorsteht, sondern eine Zeit intensiver und manchmal chaotischer Kämpfe. Wir müssen nur die Bedrohung erkennen und ihr Ausmaß begreifen.

19.02.25
Torshok

Mar 2, 2025

Anmerkung

- 1 <https://rabkor.ru/columns/editorial-columns/2025/03/02/moscow-washington-axis/>

11.03.2025

Die Ukraine ist für die USA ein Spiel, das die Amerikaner gewinnen wollen¹

Speziell für die Sendung »International Review« (Russia 24) vorbereitetes Interview

Jeffrey Sachs, Professor an der Columbia University (New York)

Der Konflikt um die Ukraine stand nie im Mittelpunkt des amerikanischen politischen Denkens, der öffentlichen Politik und der nationalen Strategie. Er war ein Spiel. Ein Spiel, das die Amerikaner zu gewinnen beabsichtigten. Sie nahmen an, dass die NATO unbegrenzt expandieren könnte und Russland nichts dagegen unternehmen würde. Professor Jeffrey Sachs von der Columbia University (USA) erklärte Fjodor Lukjanow in einem Interview für die Sendung »International Review«, warum Amerika unter Trump eine so scharfe Kehrtwende vollzogen hat.

Fjodor Lukjanow: *Jeffrey, wenn wir Nachrichten aus Washington erhalten, denken wir in Moskau manchmal, es sei ein Traum. Ich bin weit davon entfernt zu glauben, dass die derzeitige amerikanische Regierung aus Freunden und Wohlgesinnten Russlands besteht. Wie erklärt sich eine solch scharfe Kehrtwende?*

Jeffrey Sachs: Was Trump und seinen inneren Kreis betrifft, so wollen sie die finanzielle Unterstützung der Ukraine wirklich einstellen. Sie glauben nicht, dass sie gewinnen wird, und wollen sich davon befreien. Die USA haben große fiskalische Probleme und sind eindeutig überfordert, wenn man sich die Ukraine, den Nahen Osten und Ostasien gleichzeitig ansieht. Zumindest in Trumps innerem Kreis ist man der Meinung, dass zumindest eine Front aufgegeben werden sollte.

Aber ich stimme Ihnen zu, das bedeutet nicht den Beginn einer Klarheit, einer Konsensbildung oder eines unumkehrbaren Wandels. Es gibt immer noch einen Teil des Machtapparats in Washington, der davon überzeugt

ist, dass wir Russland bekämpfen sollten, indem wir der Ukraine helfen.

Am meisten verwundert, dass, während die amerikanische Führung zur Beendigung der bewaffneten Konfrontation aufruft, Europa eine übermäßige Begeisterung für den Krieg an den Tag legt. Westeuropa verhält sich jetzt in einer offenkundig irrsinnigen Weise. Wie dem auch sei, die Veränderungen, die sich im Denken, im Diskurs und in den öffentlichen Äußerungen vollziehen, stellen nach dreißig Jahren des ideologischen Monopols der Vereinigten Staaten eine sehr große Veränderung dar. Die Veränderungen sind noch nicht umfassend, nicht einhellig, nicht allgemein verständlich, aber sie spiegeln dennoch die Veränderungen wider, die sich vollziehen. **Erstens**, die Ukraine wird eine totale militärische Niederlage erleiden und die USA können nichts dagegen tun, ohne eine unglaublich gefährliche Eskalation zu riskieren. **Zweitens**, Trump und seine Leute haben einfach kein Interesse an diesem Konflikt.

Fjodor Lukjanow: *Ist mit Racheversuchen von Seiten derjenigen in den USA zu rechnen, die diesen Konflikt bisher aktiv unterstützt haben?*

Jeffrey Sachs: Das glaube ich nicht. Dieser Krieg stand nie im Mittelpunkt des amerikanischen politischen Denkens, der öffentlichen Politik und der nationalen Strategie. Er war ein Spiel. Ein Spiel, das die Amerikaner zu gewinnen beabsichtigten. Sie glaubten, dass die NATO unbegrenzt expandieren könnte und Russland nichts dagegen unternehmen würde. Zbigniew Brzezinski hat es 1997 sehr deutlich gesagt. Was wird Russland tun, wenn

die Osterweiterung der NATO weitergeht? Es hat keine andere Wahl, als sich mit ihr einverstanden zu erklären. Russland wird sich nie auf die Seite Chinas stellen, es wird sich nie auf die Seite des Irans stellen, es wird einfach keine andere Möglichkeit haben, als sich den Forderungen der USA zu beugen.

Ja, es war also ein Spiel. Aber es stand nie im Mittelpunkt der amerikanischen Sicherheit, ob die Ukraine in der NATO sein würde, ob Georgien in der NATO sein würde. Nichts weiter als ein geopolitisches Spiel – sehr gefährlich und sehr dumm, wie ich finde.

Ich habe meinen früheren Freunden in der Ukraine und in Georgien gesagt, dass sie gigantische Probleme bekommen würden, aber sie haben mir nicht geglaubt, wollten nicht auf mich hören und haben die Beziehungen abgebrochen. Leider hatte ich Recht, es kam dicke für sie, aber sie haben nie verstanden, warum. Ich sage schon seit langem, dass die Ukraine zu einem europäischen Afghanistan werden würde. Ich meinte damit, dass die Vereinigten Staaten ihre Spielchen treiben, provozieren und dann einfach weggehen würden. Und die Ukraine wird das erleben, was die Afghanen erlebt haben: Blutvergießen, Krieg, Verrat durch den amerikanischen Verbündeten. Niemand hat mir geglaubt, aber jetzt findet es statt.

Fjodor Lukjanow: *Und steht die Frage der NATO-Mitgliedschaft der USA im Zentrum der amerikanischen Sicherheit?*

Jeffrey Sachs: Es wäre ein sehr scharfer Bruch mit der gängigen Politik, und dementsprechend würde er viel stärkeren Widerstand hervorrufen. Es ist sehr schwierig für

Trump, zu erklären: »Das war's, wir brauchen die NATO nicht mehr.« Die Ankündigung eines Rückzugs aus dem Ukraine-Konflikt ist möglich. Weder die politische Klasse noch die öffentliche Meinung sind bereit für die Idee, die NATO aufzugeben. Klar, Trump ist Trump, was er nicht alles sagt. Ich würde es nicht völlig ausschließen. Aber das ist eine Frage ganz anderen Ausmaßes als die Beendigung des Ukraine-Konflikts.

Fjodor Lukjanow: *Präsident Macron war neulich sehr wortgewaltig. Glauben Sie, dass Europa in der Lage wäre, ein eigenes politisch-militärisches Bündnis zu schaffen, sollte es soweit kommen, dass die USA ihre Verpflichtungen gegenüber Europa nicht mehr einhalten würden?*

Jeffrey Sachs: Dazu gibt es ein paar Fragen. **Erstens:** Über welchen Zeitrahmen sprechen wir? **Zweitens,** das Ziel.

Ist Europa in der Lage, seine eigene politisch-militärische Sicherheitsstruktur zu schaffen? Ich denke schon.

Kann es dies tun, um in der Ukraine die Kämpfe fortzusetzen? Das ist ebenso unmöglich wie abwegig. Wenn sich der Konflikt in die Länge zieht, sollten wir nichts als tiefe Enttäuschung erwarten. Eine weitere Zerstörung der Ukraine wird keine Sicherheitsprobleme lösen, sondern neue schaffen.

Könnte es sein, dass Europa ein Sicherheitsbündnis schafft, um gegen Russland in den Krieg zu ziehen? Sagen wir, es würde eine europäische Tradition von etwa tausend Jahren fortsetzen, aber ich würde es eine Manifestation des Wahnsinns nennen.

Wenn Europa sagt, dass es sein eigenes Sicherheitssystem braucht, weil die Vereinigten Staaten ein unzuverlässiger Garant für Sicherheit sind? Ich würde sagen, dafür gibt es einen Grund.

Los geht's! Machen Sie Pläne für fünf bis zehn Jahre, und wenden Sie sich in der Zwischenzeit an Moskau, betreiben Sie Diplomatie, stellen Sie normale Beziehungen wieder her, drehen Sie nicht durch, hören Sie auf zu sagen, dass Russland Frankreich angreifen wird.

Unter diesen Bedingungen ein militärisches Sicherheitssystem für Europa – ja, in Gottes Namen. Wenn ich ein Europäer wäre, würde ich mich nicht von den USA

abhängig machen wollen. Aber die Idee ist eine andere: Wir werden den Krieg in der Ukraine mit oder ohne Amerika fortsetzen. Das ist ein Todesurteil für die Ukraine und eine Absurdität für Europa.

Da die Europäer sagen, dass Russland in Frankreich einmarschieren wird, sollten sie einen Psychiater aufsuchen. Das letzte Mal, wenn ich mich recht erinnere, war es Frankreich, das Russland angegriffen hat. Und es endete schlecht für Frankreich. Ich hatte noch keine Gelegenheit, Macrons Rede zu hören, ich habe nur die Schlagzeilen gelesen, aber danach zu urteilen, hat sein Ansatz keine Perspektive.

Fjodor Lukjanow: *In Ihrer Rede vor dem Europäischen Parlament haben Sie etwas sehr Interessantes gesagt: Die Probleme der amerikanischen Politik sind darauf zurückzuführen, dass die Amerikaner an die Spieltheorie glauben. Können Sie das näher erläutern? Wie drückt sich das aus?*

Jeffrey Sachs: Die Spieltheorie ist ein strategischer Rahmen, den wir in Wirtschaftskursen lehren, sie ist auch Teil des Lehrplans in Militärschulen, sie wird von der RAND Corporation verherrlicht (die RAND Corporation steht auf der Liste ausländischer und internationaler Nichtregierungsorganisationen vom 06.12.2023, deren Aktivitäten auf dem Territorium der Russischen Föderation als unerwünscht gelten). Die Idee besteht darin, dass Sie ein Spiel gegen Ihren Gegner spielen, gemäß der Spieltheorie ist es nicht nötig, dass Sie mit der anderen Seite sprechen. Sie machen einen Zug, der auf Ihrer Wahrnehmung des Gegners beruht, was Ihr Gegner tun wird, oder auf tatsächlichen Entscheidungen, die er bereits getroffen hat. Sie passen Ihr Handeln auf dieser Grundlage an, und er tut dasselbe auf der Grundlage Ihres Verhaltens. Aber dabei ist keine Diplomatie vorgesehen, keine Vereinbarungen, keine verbindlichen Absprachen, keine der Hunderte von diplomatischen Techniken, die zum Beispiel im UN-System und im Sicherheitsrat existieren.

Die Spieltheorie basiert auf Vorhersagen. Die bekannteste Form der Spieltheorie ist das »Gefangenendilemma«. Das Wesen des Spiels besteht darin, dass beide Seiten die Vorteile einer Zusammenarbeit nutzen können,

aber jeder versucht ist, den anderen zu betrügen. Und die Erwartung, die der Spieltheorie innewohnt, ist, dass beide Seiten betrügen werden, sie werden die Möglichkeiten, die die Zusammenarbeit bietet, nicht nutzen. Das ist es, wovon die sogenannte nicht-kooperative Spieltheorie ausgeht.

Versucht man jedoch, zwei Menschen in einen Raum zu sperren und ein solches Spiel mit ihnen zu spielen, werden sie in der Realität schnell erkennen, dass Kooperation viel nützlicher ist, als die Theorie lehrt, und dass es absolut nicht nötig ist, sich ständig gegenseitig zu betrügen. Wenn man diesen Menschen die Möglichkeit gibt, miteinander zu reden, dann kommt es in 90 Prozent der Fälle zu einer normalen Zusammenarbeit.

Die Spieltheorie eignet sich schlecht als Instrument zur Vorhersage menschlichen Verhaltens, sie ist ein rein theoretisches Konstrukt, das mangelnde Kooperation als Norm vorgibt. Sie geht davon aus, dass die Dinge schlecht laufen werden, viel schlechter als sie laufen könnten. Im wirklichen Leben sind die Menschen nicht so blind für die Möglichkeiten der Zusammenarbeit, wie es die Spieltheorie vorgibt. Und letzteres ist genau das, wovon sich die amerikanische Politik leiten lässt: »Man kann mit Putin nicht verhandeln, er wird betrügen«; »Diplomatie hat keinen Sinn«.

Normalerweise sage ich dazu: Schauen wir mal, wer in den letzten zwanzig Jahren häufiger betrogen hat. Die Vereinigten Staaten! Man kann mit der anderen Seite reden, eine Vereinbarung treffen und ihre Einhaltung durchsetzen. Zu meinen Lebzeiten hat es vielleicht einen einzigen weisen Präsidenten gegeben – John Fitzgerald Kennedy. In einer Rede über Frieden im Juni 1963 sagte er, dass Mächte Vereinbarungen treffen können, und diese Vereinbarungen funktionieren, solange sie für beide Seiten vorteilhaft sind. Kennedy überzeugte seine Mitbürger, einen Vertrag mit der UdSSR abzuschließen. Es handelte sich um den Vertrag über das partielle Verbot von Atomtests. Er wurde von Kennedy und Chruschtschow geschlossen und erfüllt. Niemand hat jemanden betrogen.

Das ist es, was ich damit sagen will. Wenn man weiterhin sagt, dass »es mit Putin nichts zu besprechen gibt und wir uns auf einen Krieg zubewegen« – ja, dann werden

alle in den Krieg ziehen. Das ist eine Dummheit, Kinderei und eine Folge der Anwendung der Spieltheorie.

Fjodor Lukjanow: *Sind die Spiele jetzt vorbei?*

Jeffrey Sachs: Nein, sie sind noch nicht vorbei. Denn diese Denkweise hält sich: »Wir wissen, was die andere Seite tun wird«; »Wir brauchen keine Diplomatie und kein Vertrauen« und so weiter. Leider ist dies sehr tief verwurzelt. Vielleicht wird Trump im Fall der Ukraine seine Hände in Unschuld waschen und versuchen, sich friedlich zurückzuziehen. Aber anderswo (sei es im Nahen Osten, wo die Gewalt nur zunimmt, oder in China oder in den Beziehungen der USA zu ihren Nachbarn in der westlichen Hemisphäre – Mexiko, Kanada usw.) sind einseitige Maßnahmen und die mangelnde Bereitschaft zu Gesprächen nach wie vor der Hauptansatz der Vereinigten Staaten.

Fjodor Lukjanow: *Die Rivalität zwischen Russland und dem Westen ist tief in der Geschichte verwurzelt. Können Sie sich eine Welt vorstellen, in der sie nicht mehr existiert?*

Jeffrey Sachs: Wenn wir über die Vereinigten Staaten und Russland sprechen, auf jeden Fall. Es gibt einfach keinen fundamentalen Grund für einen Konflikt. Und Trump hat diese Vision. Er sagt: »Es liegt ein riesiger Ozean zwischen uns, wo ist das Problem?« Und das ist eine ganz natürliche Art, diese Dinge zu betrachten. Wir hatten Zeiten mit normalen Beziehungen. Der größte Fehler, den die Vereinigten Staaten gemacht haben, war, dass sie nicht bedacht haben, dass die beste Antwort auf die Veränderungen in den 1990er Jahren der Frieden ist. Und nach dem Zerfall der Sowjetunion, als Russland seine schwerste Krise durchmachte, sagten die Vereinigten Staaten: »Wir haben gewonnen, ihr habt verloren, und jetzt machen wir, was wir wollen, wir brauchen keine Zusammenarbeit.« Der amerikanische Ansatz war sehr arrogant, und die Arroganz führte schließlich zu Konfrontationen in vielen Richtungen. Die Frage ist nun, ob die Vereinigten Staaten sich weniger arrogant verhalten können. Das ist wichtig. Einerseits sagt Trump: »Wir brauchen gute Beziehungen

zu Russland und China«. Andererseits ist das gesamte amerikanische System immer noch auf einem erheblichen Maß an Verachtung für den Rest der Welt aufgebaut. Das liegt auf der Ebene von Reflexen. Ich bin mir nicht sicher, ob wir das ändern können, obwohl das notwendig ist. Aber wir könnten es tun, wenn wir wollten.

Wenn wir über Europa und Russland sprechen, ist es die gleiche Geschichte. Sie ist durchwachsen. Es lag die Hoffnung auf der OSZE, einer Organisation, der, wenn ich mich nicht irre, 47 Länder angehören – West- und Osteuropa und die ehemalige UdSSR. Und das Ziel war kollektive Sicherheit, was natürlich eine richtige Idee war. Aber dann mischte sich das Nordatlantische Bündnis ein. Warum, sagen sie, dieser ganze Unsinn, welche kollektive Sicherheit? Wir haben doch alles, und wir werden einfach weiter expandieren. Ukraine, Weißrussland, Kasachstan, und dann Tadschikistan, Kirgisistan und so weiter. Ausbreitung nach Osten, das ist alles. Aber das ist genau das Gegenteil von kollektiver Sicherheit, die Idee von der Möglichkeit einseitiger Gewinne.

Jetzt steht Europa vor einer ganz anderen Realität. Die Idee der ewigen Expansion nach Osten hat sich überlebt, daran besteht kein Zweifel. Europa ist in Panik – was ist zu tun? Ich glaube nicht, dass es schon eine Lösung gibt. Die Qualität der europäischen Diskussion zu diesem Thema ist extrem niedrig. Und das ist einfach gefährlich.

Aber die Realität ist eine Sache, die nicht verschwindet, nur weil sie den Leuten nicht gefällt. Ein anderes Problem ist, dass Starmer und Macron den Krieg anheizen, sie sind in ihren Ländern extrem unbeliebt. Sie spiegeln also nicht irgendeine Art von patriotischem Aufschwung in den Gesellschaften wider, im Gegenteil, sie fördern einen Ansatz, der den Menschen nicht gefällt. Macrons Beliebtheit liegt bei etwa 18 Prozent, die von Starmer bei nicht mehr als 25 Prozent. Die Menschen sind nicht auf ihrer Seite, Europa will keinen Krieg führen. Wenn politische Führer auftauchen, die Frieden anbieten, werden sie auf breite Zustimmung stoßen. Und das wäre der Weg aus dem derzeitigen Chaos.

Anmerkung

1 <https://globalaffairs.ru/articles/ukraina-dlya-ssha-saks/>

Seltene Erdmetalle: Souveränität ist wertvoller als Geld¹

12.03.2025

Andrej Trenin²

Das Thema der Seltenerdmetalle ist wie ein Wirbelsturm in den weltweiten Informationsraum eingedrungen. Fragen, die früher nur auf engen wissenschaftlichen Plattformen diskutiert wurden, begannen plötzlich die Weltpolitik zu beeinflussen und den Beginn und das Ende von Kriegen zu bestimmen.

Dieser Hype wurde durch die Äußerungen von US-Präsident Donald Trump ausgelöst. Zunächst diskutierte die ganze Welt über seine Pläne, Grönland zu kaufen oder sich sogar anzueignen, das über Ressourcen an Seltenen Erden (REE) verfügt, die auf 1,5 Millionen Tonnen (1,3 Prozent der weltweiten Reserven) geschätzt werden, dann über die Idee, die »Ressourcen Seltener Erden« der Ukraine für die bereits geleistete Unterstützung zu nehmen, die sie bereits während des Konflikts mit Russland erhalten hatte. Als mehr oder weniger offensichtlich wurde, dass es in der Ukraine keine REE-Ressourcen im eigentlichen Sinne gab und das Thema angeheizt war, richtete sich die Aufmerksamkeit der Welt auf die amerikanisch-russische REE-Zusammenarbeit. Die russischen REE-Reserven sind die zweit- bzw. drittgrößten der Welt (28 Millionen Tonnen nach unseren Angaben, 12 Millionen Tonnen nach Angaben des US Geological Survey).

Das REE-Problem ist jedoch nicht von selbst entstanden, sondern als Folge der Handels- und Wirtschaftskonfrontation zwischen den USA und China. Seltene Erden sind wichtige Metalle für Hochtechnologien wie Chips, Kondensatoren, Computerzentren, superstarke Magnete, Elektrofahrzeuge, Luft- und Raumfahrt und Verteidigung. Es gibt einen echten Kampf aller gegen alle in der Welt um den Besitz der Seltenen Erden, nicht so sehr um die Seltenen Erden selbst (davon gibt es gar nicht so wenige auf der Welt), sondern um die Technologien für ihre Gewinnung und Verarbeitung zur Herstellung von Endprodukten.

China, weltweit führend bei den REE-Reserven, der Produktion von Primärkonzentraten (60 % des Weltmarkts)

und separierten REE und deren Verbindungen (90 % des Weltmarkts), hat 2023 systematisch Exportverbote für seltene Metalle und REE-Technologien verhängt und kann durch Quoten und Zölle mit den REE-Weltpreisen spielen, was es seit Anfang der 2000er Jahre wiederholt getan hat. Irgendwann in der Konfrontation mit den USA beschloss China, harte Maßnahmen zu ergreifen und die Ausfuhr aller REE-Technologien zu verbieten, was die Entwicklung von Hochtechnologien in den USA in Frage stellte. In Amerika stellte sich die Frage nach dem Aufbau einer eigenen Rohstoffbasis und der Entwicklung von Technologien zur Gewinnung und Abscheidung von REE. Und vor diesem Hintergrund beschloss Donald Trump, seine eigenen REE-Ressourcen zu erlangen.

Kriege um Metalle

Um viele seltene Metalle gibt es auf der Welt nicht nur Handels- und Wirtschaftskriege (USA-China, USA-Europa, China-Rest der Welt), sondern auch sehr reale Feindseligkeiten. Myanmar, der weltweit drittgrößte Produzent von REE-Rohstoffen (30.000 Tonnen), befindet sich derzeit in einem Bürgerkrieg, in dem verschiedene Gruppen den »schwarzen« REE-Abbau kontrollieren und Erze zur Verarbeitung nach China schicken. Myanmar ist ein interessantes Land, das über die wertvollste Gruppe von REE verfügt – schweres REE. Angesichts der Knappheit seiner eigenen Reserven sammelt China »rohes« REE aus der ganzen Welt und verkauft im Gegenzug Produkte, die um Größenordnungen teurer sind.

Ein weiteres Beispiel ist die Demokratische Republik Kongo, in deren Osten es einen anhaltenden Konflikt mit Ruanda gibt. Die Demokratische Republik Kongo verfügt über riesige Vorkommen an Kobalt, das kein seltenes Metall ist, und an Tantal, einem Metall, das vor allem für die Herstellung von Kondensatoren verwendet wird. Die Gewinnung dieser Metalle erfolgt auf ungeheuerliche

Weise – mit Hilfe von Sklaven- und Kinderarbeit unter unmenschlichen Bedingungen – zwölf Stunden am Tag, für ein paar Dollar, unter dem wachsamem Schutz von Maschinengewehren. Aufgrund der ständigen bewaffneten Konflikte im Umfeld dieser Vorkommen wurde der Begriff »Konfliktmineralien« geprägt, und es ist für seriöse Marken unschicklich geworden, sie zu kaufen und zu verwenden. Dennoch ist die Demokratische Republik Kongo nach wie vor der größte Kobalt- und Tantalproduzent der Welt, was vor allem daran liegt, dass die abgebauten Metalle über das benachbarte Ruanda, die Häfen Tansanias und chinesische Firmen »gewaschen« und schließlich in Form von bereits »sauberen« Fertigprodukten auf den Weltmarkt gebracht werden.

In Afrika ist eine Vielzahl von privaten Militärfirmen und »Glücksrittern« aus verschiedenen Ländern tätig, die sich unter anderem um den Zugang zu den »wildem« Lagerstätten Afrikas bemühen. Wo kein industrieller, sondern nur handwerklicher Bergbau betrieben wird, gibt es überall Kriege, die manchmal sehr brutal sind.

Seltene Metalle in der Ukraine

Wenn man über Seltenerdmetalle spricht, ist es wichtig, sich nicht in Begriffen zu verlieren. Viele Menschen verwechseln die Begriffe »Seltene« und »Seltenerdmetalle« unbewusst, und einige verwechseln sie ganz bewusst, um in die Irre zu führen – zum Beispiel, um das »modische« Thema der Seltenerdmetalle in den Verhandlungen über die wirtschaftliche Unterstützung der Ukraine durch die USA aufzublähen und zu verkaufen.

Tatsächlich handelt es sich bei den REE um eine Gruppe von 17 Metallen (die Lanthanidengruppe sowie Yttrium und Scandium). Seltene Metalle sind eine viel breitere Gruppe, zu der neben den Seltenen Erden etwa 35 weitere Metalle gehören (Titan, Lithium, Uran, Wolfram, Molybdän, Gallium, Germanium und andere).

In der Ukraine gibt es keine REE als solche. Unter den seltenen Metallen gibt es große Vorkommen an Uran, Lithium und Titan. Das ukrainische Titan, das hauptsächlich von den ukrainischen Irschansker und Wolnogorsker Bergbau- und Aufbereitungsunternehmen abgebaut wird, war die Hauptquelle nicht nur für die ukrainische Titanindustrie, sondern auch für russische strategische Unternehmen – allen voran die VSMPO-AVISMA Corporation, einer der Hauptlieferanten von metallischem Titan für die weltweite Luftfahrtindustrie. Seit die Ukraine 2014 nach dem Anschluss der Krim an die Russische Föderation und damit auch des größten Titandioxidproduzenten Osteuropas (Crimean Titanium) ein Verbot für die Ausfuhr von Titanerzen nach Russland verhängt hat, steht Russland ohne eine eigene zuverlässige Quelle für titanhaltige Konzentrate da. Seit mehr als zehn Jahren sind wir gezwungen, Titanrohstoffe aus dem Ausland zu importieren.

Die ukrainischen Lithiumvorkommen sind erst seit relativ kurzer Zeit bekannt, nämlich seit den 1970er Jahren. Es gab keine detaillierte Exploration, geschweige denn eine Produktion, aber die größte Lagerstätte Schewtschenkowskoje fiel Ende letzten Jahres oder Anfang dieses Jahres unter die Kontrolle Russlands.

Das ukrainische Uranvorkommen befindet sich in der Nähe des berühmten Gelben Wassers in der Region Dnepropetrowsk, wo seit 1957 das Bergbau- und Aufbereitungsunternehmen Wostotschnyj tätig ist, das als der größte Produzent von Natururan in Europa gilt. Heute ist das Kombinat natürlich nicht mehr in bestem Zustand, aber die Uranvorkommen selbst sind noch vorhanden.

Es gibt noch andere seltene Metalle in der Ukraine, aber der Gehalt an nützlichen Bestandteilen erlaubt es nicht, sie als industrielle Reserven zu betrachten.

Technologische und rohstoffliche Souveränität

Russland verfügt über riesige REE-Reserven, aber unsere Produktion schwankt um 1 Prozent der Weltproduktion (d.h. etwa 2.000 Tonnen). Obwohl die UdSSR Anfang der 1990er Jahre mit einem Volumen von 8–9 Tausend Tonnen etwa 15 % der Weltproduktion besaß, verblieben beim Zusammenbruch des Staates die Abscheideanlagen in den ehemaligen Sowjetrepubliken – Kasachstan, Estland. In

unserem Land hat nur die primäre Verbindung überlebt: Die Rohstoffe werden in der Lowosjorsker Lagerstätte in der Region Murmansk gewonnen und an das Magnesiumwerk Solikamsk in der Region Perm geliefert, wo ein kollektives REE-Konzentrat hergestellt wird. Dieses Konzentrat ist für die Endverwendung nicht geeignet: Es ist notwendig, einzelne Seltene Erden daraus zu isolieren, sie in Metall umzuwandeln und aus dem Metall die Endprodukte – Magnete, Kondensatoren, Batterien und andere – herzustellen. Russland verfügt noch nicht über diese technologischen Verarbeitungsmöglichkeiten.

Obwohl Russland historisch gesehen über Abscheidetechnologien verfügt. Im Jahr 2014 wurde das Staatsprogramm »Industrielle Entwicklung und Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit« verabschiedet, das ein spezielles Unterprogramm für seltene Metalle und Seltene Erden enthielt. Zu diesem Zeitpunkt wurde im Werk Welikij Nowgorod der »Akron Gruppe« eine Anlage zur Aufbereitung von Nephelin-Rückständen aus der Apatit-Lagerstätte »Oleniy Ruchey« in der Region Murmansk gebaut, die von der Tochter der »Akron Gruppe« JSC North-Western Phosphorous Company erworben wurde. Der Lizenzinhaber war verpflichtet, parallel zum Apatitabbau auch das zugehörige REE zu verarbeiten. Im Jahr 2016 fand in der Anlage von Akron ein Treffen zur Entwicklung der REE-Industrie unter dem Vorsitz des russischen Präsidenten statt. Dabei wurden Pläne für die REE-Produktion skizziert. Seitdem hat man jedoch nichts mehr über die Verarbeitung und Produktion von separaten REE gehört, und das Thema ist in Vergessenheit geraten.

Das Thema REE hat für das russische Staatsoberhaupt seit vielen Jahren Priorität, seit dem Treffen in Welikij Nowgorod im Jahr 2016 und sogar noch früher. In seiner Rede vor der Föderalen Versammlung am 29. Februar 2024 betonte der russische Präsident die Bedeutung der Schaffung einer integrierten Hightech-Industrie für Seltene Erden und Seltenerdmetalle. Wladimir Putin sprach insbesondere über die Notwendigkeit, interne Kooperationsketten und internationale Technologieplattformen zu schaffen, die Massenproduktion eigener Geräte und Komponenten zu starten und die geologische Erkundung auf die Suche nach Seltenen Erden und anderen Rohstoffen

für die neue Wirtschaft zu konzentrieren. Der Präsident betonte, dass es sich um eine strategische Reserve für die Zukunft handelt, und forderte, dies zu einer Priorität zu machen.

Heute scheint sich uns die letzte Chance zu bieten, auf den abfahrenden Zug mit wirklich technologisch souveränen Ländern aufzuspringen.

Entwicklung der heimischen REE-Industrie

Sie sollte auf zwei Prinzipien beruhen:

- 1) Schaffung einer nationalen souveränen REE-Industrie, unabhängig von den Beziehungen zu China und den USA: Souveränität ist wertvoller als Geld, oder, wie der Präsident sagt, »man muss an zu Hause denken«.
- 2) Schaffung einer vertikal und horizontal integrierten Industrie – vom Erz bis zum Endprodukt (d.h. bis zum Verbraucher). Schließlich braucht niemand REE an sich, sondern die darauf basierenden Endprodukte.

Die bisher verabschiedeten staatlichen Programme haben ihre Ziele nicht erreicht, und es gab keine Anreize, um Investitionen in die Industrie anzuziehen. Heute gehen wir in eine neue Runde – 2014 wurde das nationale Projekt »Neue Materialien und Chemie« genehmigt, in dem die REE-Industrie fett gedruckt ist. Wir dürfen diese Chance nicht verpassen, es könnte die letzte sein.

Es werden systemische Maßnahmen benötigt – Nullsteuern, Subventionen, Bau von Infrastrukturen und Beseitigung bestehender Infrastrukturbeschränkungen, günstige und langfristige Projektfinanzierung durch Banken. Und vor allem brauchen wir einen Systembetreiber, der die Bedürfnisse der russischen Unternehmen in REE mit ihren potenziellen Lieferanten verbindet. Soweit ich weiß, ist diese Arbeit bereits im Gange. Wir brauchen aber auch eine spezielle Finanzierung – einen Fonds, der große Geldbeträge an die vielversprechendsten Projekte im Land verteilt.

In der Tat gibt es nicht sehr viele solcher Projekte. Das Problem mit den russischen Lagerstätten ist ihre

Abgelegenheit, die fehlende Infrastruktur und die oft niedrigen Gehalte. Wir haben jedoch komplexe Lagerstätten, bei denen REE mit Mineralien verbunden ist.

Die Lowosjosker Bergbau- und Aufbereitungsunternehmen und das Solikamsker Magnesiumwerk sowie die riesige Afrikanda-Lagerstätte in der Region Murmansk sind vielversprechende integrierte REE-Projekte »vom Erz zum Endprodukt«. Es ist geplant, in der Lagerstätte einen vollständigen, übrigens getrennten Produktionszyklus für heute aus dem Ausland importierte strategische Metalle aufzubauen: Titan, Niob, Tantal und REE. Alles an einem einzigen Standort, auf der Grundlage eigener Technologien und mit eigener (einheimischer) Ausrüstung.

Die Bedeutung der nationalen souveränen Betrachtung von REE ist vergleichbar mit dem Atomprojekt der UdSSR in den 1940er Jahren, das die strategische Sicherheit des Landes für viele Jahrzehnte sicherte. Heute ist die Entwicklung von Rechenleistung, Elektronik und künstlicher Intelligenz eine wichtige Voraussetzung für große Länder, um ihre Souveränität, ihre Sicherheit und sogar ihre eigene Existenz zu gewährleisten. Für all dies sind die REE verantwortlich. Wie der russische Präsident sagt: »Wir haben alles dafür«. Wir müssen das Beste daraus machen.

Anmerkungen

- 1 <https://globalaffairs.ru/articles/metally-andrej-trenin/>
- 2 **Andrej Trenin**, Generaldirektor von JSC Arkmineral-Resource, Leiter des REE-Projekts Afrikanda

23.03.2025

General Leonid Iwaschow: »Wir sollten nicht hinter Trump herlaufen, sondern unser eigenes Sicherheitssystem in Europa schaffen«¹

Der Moment, in dem die NATO am Rande des Zerfalls steht, ist der günstigste für die Aufnahme von Verhandlungen mit den europäischen Führern

Irina Mischina

Die friedliche Beilegung des russisch-ukrainischen Konflikts, die Präsident Donald Trump noch vor seinem Amtsantritt versprochen hatte, ist immer noch nicht erfolgt. Bis heute beschränkt sich alles auf Telefongespräche über Verhandlungen. Inzwischen hat die ukrainische Seite das Moratorium für Angriffe auf Energieanlagen aufgegeben.

Das wirft die Frage auf: Ist es sinnvoll, weitere Konsultationen fortzusetzen, zum Beispiel über die Freiheit der Schifffahrt im Schwarzen Meer?

Unterdessen wird im Westen die Idee diskutiert, zwei Friedenssicherungskontingente in die Ukraine zu entsenden, von denen das erste aus Vertretern asiatischer und südamerikanischer Länder bestehen und an der russisch-ukrainischen Grenze stationiert werden soll, wie die italienische Zeitung Repubblica in einem Artikel eines Korrespondenten aus Brüssel berichtet.

Das zweite Friedenssicherungskontingent wird nach Angaben des Sprechers des britischen Premierministers, Keir Starmer, Militärpersonal aus mehr als 30 Ländern umfassen. Es wird erwartet, dass sie Teil der so genannten »Koalition der Willigen« sein werden – einer Gruppe von Staaten, die bereit sind, Friedenssicherungstruppen in der Ukraine zu stationieren und Kiew Sicherheitsgarantien zu geben.

Nach Angaben des russischen Auslandsgeheimdienstes will der Westen ein so genanntes Friedenssicherungskontingent von rund 100.000 Personen entsenden, um die Kampffähigkeit der Ukraine wiederherzustellen. Der russische Präsidentensprecher Dmitrij Peskow sagte, die

Entsendung von Friedenssicherungstruppen sei nur mit Zustimmung der Konfliktparteien möglich.

Welche Maßnahmen kann Russland in dieser Hinsicht ergreifen, und ist es logisch, in der Frage einer friedlichen Beilegung des Konflikts nur auf die Vereinigten Staaten zu vertrauen, die übrigens immer noch Geheimdienstinformationen an die Ukraine liefern? Mit diesen Fragen haben wir uns an den Doktor der Geschichtswissenschaften, Generaloberst Leonid Iwaschow, gewandt.

– Ich finde die Haltung der Vereinigten Staaten seltsam. Seit dem Amtsantritt von Donald Trump sind bereits zwei Monate vergangen, und der versprochene Friedensplan ist noch nicht umgesetzt worden. Außerdem wurde nicht einmal eine klare Agenda für die Verhandlungen formuliert. Die Parteien tauschen lediglich Wünsche aus, während die Feindseligkeiten unterdessen weitergehen.

Außerdem sind alle Formulierungen vage und zweideutig. So haben sich die Präsidenten Russlands und der Vereinigten Staaten darauf geeinigt, dass unsere Seite die Energieinfrastruktur nicht angreifen wird. Was damit gemeint ist, wird nicht präzisiert.

Russland hat auch die Frage der Nichtverbreitung und des Nichtgebrauchs von Atomwaffen angesprochen. Dennoch wurde dem US-Senat ein Entwurf über mögliche Schläge gegen den Iran vorgelegt, was die Beziehungen Russlands zum Iran ernsthaft erschweren könnte.

Dies geschieht allein durch die Schuld der Vereinigten Staaten. Es wurden neue Expertengruppen eingesetzt,

aber auch deren Aufgaben wurden nicht definiert. All dies macht die Vereinbarungen, die der russische und der US-amerikanische Präsident in ihrem Telefongespräch getroffen haben, weitgehend zunichte.

SP: *Wie Sie wissen, ist einer der Punkte von Trumps Friedensplan ein 30-tägiger Waffenstillstand. Wie kann er umgesetzt werden?*

– Bis heute ist unklar, wie dieser Waffenstillstand umgesetzt werden soll, wer die Kontrolle ausüben wird und wie, wer die Truppen abziehen wird und ob schwere Waffen aus der Waffenstillstandszone abgezogen werden sollen.

Vieles ist unklar, Trumps Plan scheint mir unausgegrenzt und derzeit unvorbereitet zu sein.

SP: *Wie Sie wissen, werden unter dem Deckmantel der Friedenssicherung die Streitkräfte einer Reihe europäischer Länder in die Ukraine geschickt. Wozu kann der Einsatz der so genannten Friedenssicherungstruppen in der Ukraine führen?*

– Der fünfte Artikel des so genannten »Washingtoner Vertrags über die Bildung der NATO« besagt, dass im Falle einer Aggression eines Landes gegen ein oder mehrere Mitglieder des Nordatlantikbündnisses alle Länder des NATO-Blocks an der Abwehr der Aggression teilnehmen sollen. All dies könnte in einer Katastrophe enden.

Die NATO-Schläge werden auch russische Städte und den Kreml treffen. Ja, wir können Feindseligkeiten beginnen. Aber lassen Sie uns das Kräfteverhältnis bewerten. Zum Beispiel wird die Türkei, die über die stärksten Landstreitkräfte in der NATO verfügt, und das sind nicht mehr und nicht weniger als 100 Tausend Mann, unter dem Deckmantel der »Friedenssicherung« ihre Truppen in die Ukraine führen.

Wenn wir offene Feindseligkeiten mit allen NATO-Ländern beginnen, ist eine neue Mobilisierung nicht auszuschließen, unsere Wirtschaft wird auf Kriegszwecke umgestellt, d. h. statt Bügeleisen und Staubsauger werden wir nur noch Rüstungsgüter produzieren.

Wahrscheinlich werden die Renten und andere Sozialleistungen gekürzt oder ganz eingefroren. Die Inflation wird steigen, die Preise werden in die Höhe schießen. Ich glaube nicht, dass uns solche Aussichten gefallen werden.

SP: *Was schlagen Sie als Alternative vor?*

– Der amerikanische Politiker Henry Kissinger pflegte zu sagen: »Es ist gefährlich, mit den Vereinigten Staaten im Krieg zu sein. Aber mit den Vereinigten Staaten befreundet zu sein ist todgefährlich.« Ich habe einmal als Vertreter unseres Landes im NATO-Block gearbeitet, und ich erinnere mich, wie wir 1997 die Grundakte unterzeichnet haben, die die Grundsätze der Zusammenarbeit zwischen Russland und der NATO festlegt.

Schon damals schlugen wir mit Unterstützung des Außenministeriums vor, ein System der kollektiven Sicherheit zu schaffen, um bewaffnete Konflikte auf unserem Kontinent zu verhindern, denn die USA würden ohnehin nur am Rande stehen.

Schließlich sind sie dort, auf der anderen Seite des Ozeans, und werden nur zusehen, wie wir uns gegenseitig bekriegen.

SP: *Ist es möglich, jetzt einen größeren bewaffneten Konflikt in Europa zu verhindern, und wie können wir das tun?*

– Wir müssen dringend einen Verhandlungsprozess mit den europäischen Ländern einleiten. Wenn die

europäischen Länder Mittel für einen neuen Konflikt bereitstellen, werden sie ihn unweigerlich auslösen müssen. Für uns ist es wichtig, rechtzeitig zu handeln. Wie negativ Starmer, Merz und Macron uns auch erscheinen mögen, wir werden mit ihnen verhandeln müssen, denn wir sind Nachbarn auf dem Kontinent.

SP: *Die Regierung von US-Präsident Donald Trump erwägt die Möglichkeit, das Kommando über die NATO-Truppen in Europa abzugeben. Bedeutet dies, dass das Nordatlantische Bündnis eine unabhängige Militärpolitik verfolgen wird?*

– Ich glaube, dass gerade jetzt, wo der NATO-Block am Rande des Zerfalls steht, weil die Vereinigten Staaten gesagt haben, dass Europa seine eigene Sicherheit, auch finanziell, gewährleisten muss, Russland die Frage der Schaffung eines europäischen kollektiven Sicherheitssystems unter Einbeziehung der OSZE-Länder aufwerfen sollte.

Und wir sollten nicht hinter Trump herlaufen und auf seine Gunst warten, sondern selbst eine unabhängige Politik entwickeln. Ich bin bereits von ernstzunehmenden Politikern aus neutralen Ländern mit dem Vorschlag angesprochen worden, ein Dokument zu erstellen, das die europäische Sicherheit garantieren würde. Ich kann Ihnen ein Geheimnis verraten: Es waren Vertreter der Schweiz.

Russland kann seine eigenen Vorschläge machen und die Initiative übernehmen. Und ich bin mir fast sicher: Nachdem die europäischen Länder, die im Prinzip keinen Krieg führen mögen, die Unterstützung der USA verloren haben, werden sie sich bereit erklären, sich mit Russland an den Verhandlungstisch zu setzen und darüber zu diskutieren, wie wir unseren Kontinent friedlich gestalten können.

Anmerkung

¹ <https://svpressa.ru/politic/article/456495/>

28.03.2025

Nikolaj Platoschkin: Es gibt nur einen Friedensplan für die Ukraine – die freiwillige Wiedervereinigung mit Russland¹

Die NATO ist zu Konsultationen bereit, aber nicht zu militärischen Aktionen

Irina Mishina

In Saudi-Arabien haben Expertenkonsultationen zwischen Russland und den USA stattgefunden. Nach Angaben von Außenminister Sergej Lawrow wurden in Riad vor allem Fragen der sicheren Schifffahrt im Schwarzen Meer erörtert. Aber auch Fragen des Waffenstillstands lagen auf dem Tisch.

Zum Dialog über die Ukraine merkten die Vertreter der russischen Delegation an, dass die Positionen der Parteien nicht immer übereinstimmen, dass aber eine Form der Interaktion gesucht werden sollte. Und eine solche Gelegenheit hat sich ergeben.

Die Diplomatie findet immer hinter den Kulissen und hinter verschlossenen Türen statt. Was bleibt hinter den Kulissen? Worüber schweigen die offiziellen Quellen? Der Doktor der Geschichtswissenschaften Nikolai Platoschkin beantwortet diese Fragen im Studio von »SP-TV«.

»SP-TV«: *Die Worte des amerikanischen Politikers Henry Kissinger, der gerne sagte: »Es ist gefährlich, die Vereinigten Staaten zum Feind zu haben, aber es ist tödlich gefährlich, mit ihnen befreundet zu sein«, kommen einem immer öfter in den Sinn. Donald Trump hat versprochen, den Russland-Ukraine-Konflikt schon vor seinem Amtsantritt zu beenden. Mehr als zwei Monate sind seit seinem Amtsantritt vergangen, aber die Kämpfe haben nicht aufgehört. Außerdem versorgen die USA die Ukraine weiterhin mit Geheimdienstinformationen. Auch die Frage der Waffenlieferungen ist nicht geklärt. Glauben Sie nicht, dass die Vereinigten Staaten ein doppeltes Spiel treiben?*

– Immerhin hat der Verhandlungsprozess begonnen. Noch vor einem halben Jahr war daran nicht zu denken. Die Amerikaner haben es geschafft, den Prozess anzuschieben. Aber, wie Sie wissen, gibt es nur eine Option, die Sinn macht – die Waffen ruhen zu lassen. Im Moment sprechen wir über einen Waffenstillstand für 30 Tage, dann kann er verlängert werden, und danach können wir über eine endgültige Beilegung des Konflikts sprechen. Aber wenn wir über die Fortsetzung der Feindseligkeiten an Land sprechen und die Parteien die Feindseligkeiten nur im Schwarzen Meer einfrieren, ist das nichts.

»SP-TV«: *Aus dem Kreml sind Informationen durchgesickert, wonach die Idee eines teilweisen Waffenstillstands in ein praktikables Projekt umgewandelt werden soll. Was ist damit gemeint?*

– Die erste Option. Die Einstellung der Feindseligkeiten dort, wo die Frontlinie verläuft. Die zweite Option, die meines Erachtens derzeit diskutiert wird, ist der Rückzug der ukrainischen Truppen aus den vier Regionen, die verfassungsmäßig zu Russland gehören.

In diesem Fall sind die nächsten Verhandlungen bereits zu 90 Prozent geklärt. Die wichtigste Frage ist nun die nach der Grenze. Und der Sonderbeauftragte des amerikanischen Präsidenten, Steve Witkoff, hat bestätigt, dass es genau um die Territorien geht.

»SP-TV: *Unser Militär hat eine Menge Fragen. Wer wird zum Beispiel diesen 30-tägigen Waffenstillstand kontrollieren? Wohin wird die militärische Ausrüstung abgezogen?*

Wie und wo wird die Waffenstillstandslinie gezogen werden?

– Ich denke, die wichtigste Frage ist, wo diese Waffenstillstandslinie gezogen wird. Die Verhandlungen laufen schon lange, denn wir scheinen darauf zu bestehen, dass sich die ukrainischen Truppen bereits jetzt aus den vier Regionen, die zur Russischen Föderation gehören, zurückziehen sollten.

Was die Überwachung betrifft, so handelt es sich in der Regel um Beobachter aus neutralen Ländern. Diejenigen, die keine der beiden Seiten des Konflikts unterstützen. Also zum Beispiel aus Indien, Brasilien, der Schweiz. Es gibt viele Möglichkeiten.

»SP-TV«: *Nehmen wir an, wir einigen uns auf einen Waffenstillstand. Aber die NATO-Truppen kommen in die Ukraine unter dem Deckmantel der Friedenssicherung oder angeblich zum Schutz der zivilen Infrastruktur. Mit anderen Worten: Das NATO-Militärkontingent steht praktisch direkt neben uns. Was ist, wenn der Waffenstillstand plötzlich gebrochen wird? Wir machen nicht den gleichen Fehler, der uns seit den Abkommen von Minsk-1 und Minsk-2 belastet.*

– Die öffentliche Meinung in Europa wird dieses Szenario scharf ablehnen. Denn jeder Engländer oder Franzose, der in der Ukraine getötet wird, wird automatisch zum Sturz der Regierung führen.

Und niemals werden die Europäer ihre Truppen in der Nähe der Frontlinie einsetzen. Denn Europa will nicht

kämpfen, es ist zu sehr an ein wohlgenährtes, ruhiges Leben gewöhnt und ist nicht bereit, Zinksärge aus der fernen Ukraine zu empfangen. Und die Europäer haben nicht so viel Kampferfahrung wie die Armee Russlands oder der Ukraine. Und das verstehen sie sehr gut.

»SP-TV«: *Die Vereinigten Staaten haben angekündigt, dass sie sich aus der Führung der NATO zurückziehen bzw. ihren Vertreter nicht mehr zum Oberbefehlshaber der gemeinsamen Streitkräfte des Blocks ernennen werden. Ist es nicht an der Zeit, das Bündnis umzugestalten und ein neues System der kollektiven Sicherheit in Europa zu schaffen? Wäre es nicht einfacher, mit den Nachbarn zu verhandeln, anstatt auf Trump zurückzublicken?*

– Erstens bin ich mir nicht sicher, ob Donald Trump den Rest seiner Amtszeit als Präsident zu Ende bringen wird. Das ist ein Punkt. In jedem Fall ist dies seine letzte Amtszeit. Europa behält diese Option im Hinterkopf: Nach Trump könnten andere Leute in den USA an die Macht kommen, und alles wird wie vorher sein. Zweitens: Die Zwischenbilanz unserer Außenpolitik hat zu einer dramatischen Stärkung der NATO-Länder geführt. Schweden und Finnland sind der Nordatlantischen Allianz beigetreten.

Sie sind militärisch sehr stark, weil sie noch unser sowjetisches Ausbildungssystem haben. Und sie haben eine große Mobilisierungsreserve. Die Menschen sind vorbereitet, sie wissen im Ernstfall, zu welcher Einheit sie gehen müssen und was genau zu tun ist.

Die Schweden können in einer Woche 350.000 Menschen unter Waffen stellen. Außerdem haben die Schweden hervorragende Schiffe und Boote.

Warum sage ich das? Finnland und Schweden waren neutral. Indien war während der Sowjetära ein Verbündeter der UdSSR. Im Falle eines Zusammenstoßes mit der NATO wäre es also auf unserer Seite gewesen. Jetzt hat sich die Situation dramatisch verändert. Wir haben im Wesentlichen keine Verbündeten in Europa.

»SP-TV«: *Sie schließen also einen bewaffneten Konflikt mit der NATO nicht aus?*

– Was ist die NATO? Wenn eines der Länder des Bündnisses angegriffen wird, müssen die anderen laut Absatz 5 der Charta geschlossen gegen den Aggressor vorgehen.

Aber in Wirklichkeit endet alles in der NATO mit Konsultationen. Es gab einen solchen Fall: 2015 schossen die Türken ein russisches Flugzeug über Syrien ab, und wir begannen, Ansprüche zu stellen.

Die Türken versuchten, so zu tun, als seien unsere Flugzeuge in ihren Luftraum eingedrungen und als hätten wir damit einen Akt der Aggression begangen. Die NATO kam schnell zusammen, hielt Konsultationen ab, und beide Seiten des Konflikts wurden weit getrennt. Und erinnern Sie sich auch daran, dass die angeblich über der Ukraine abgeschossenen Raketen auf polnischem Gebiet gelandet sind? Warschau selbst hat sich geweigert, Konsultationen abzuhalten.

»SP-TV«: *Warum baut Europa dann sein militärisches Potenzial auf?*

– In der Hoffnung, dass nach Trump alles so sein wird wie unter Biden. Und zweitens sind Militäraufträge ein ernsthaftes Geld, ein Geschäft.

»SP-TV«: *Kommen wir zurück zu den Friedensgesprächen. Was glauben Sie, wie wird die Frage der Territorien gelöst werden?*

– Soweit ich weiß, versuchen die Amerikaner mit aller Macht die Ukraine in den Verhandlungen zu zwingen, ihre Truppen aus den vier Regionen abzuziehen, die nach der russischen Verfassung unsere Territorien sind. Aber wird es ihnen gelingen, die ukrainische Seite unter Druck zu setzen, und wenn ja, im Gegenzug für was? Das ist die Hauptfrage.

»SP-TV«: *Welcher Friedensplan wird Ihrer Meinung nach am effektivsten sein? Der Plan von Trump, ein europäischer Plan oder ein dritter?*

– Ich halte den Waffenstillstand, den Trump vorschlägt, für eine gute Sache. Aber der Plan, der sich am Ende

durchsetzen wird, ist derjenige, der eine freiwillige Annäherung, eine Wiedervereinigung von Russland und der Ukraine vorsieht. Denn nur so werden unsere Länder weitere Feindseligkeiten untereinander und in der Welt vermeiden.

Anmerkung

1 <https://svpressa.ru/politic/article/457492/>

Literaturempfehlung

DGKSP-Diskussionspapiere

Die Ausgaben der Schriftenreihe beinhalten außen-, sicherheits- und militärpolitische Themen, die in der Regel aktuelle Diskussionen mit Bezug zu Russland, zur VR China, zur Ukraine und zu den Vereinigten Staaten sowie zu den Militärwissenschaften aufgreifen.

Anliegen der Schriftenreihe ist es, das Ideengut, das im Ost-West-Konflikt in den 1980er Jahren den Ausweg aus der tödlichen Bedrohung durch gegenseitige atomare Abschreckung geöffnet hatte, lebendig zu halten, um grundsätzlich für die ›Global Governance‹ einen Neuanfang in der Sicherheits- und Militärpolitik für die Zukunft zu begründen. In Kurzform lautet er: Nur der Übergang von konfrontativer zu gemeinsamer, kooperativer Sicherheit ermöglicht die Entmilitarisierung der Sicherheitspolitik und schafft so die Garantie für den Frieden.

<https://de.wikipedia.org/wiki/DGKSP-Diskussionspapiere>